

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Versandgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningk; verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Biesenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreieckspalteene Zeitzeile oder deren Raum 30 4.

## Wehr und Waffen. (Ein Mahnwort an die Mitglieder des Maurerverbandes.)

Häufig hört man die Meinung, der Kampf um die Regelung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nehme dank der Stärke der beiderseitigen Organisationen und der Einigkeit und Bereitwilligkeit der Unternehmer, von Organisation zu Organisation zu verhandeln, mehr und mehr milde Formen an; wo aber die Einsicht über die Nützlichkeit der friedlichen Vereinbarung fehle, werde das gegen seitige Kräfteverhältnis dazu führen, daß eine Partei nur das unbedingt Notwendige fordere, die andere aber das äußerst Mögliche gewähre, so daß Streiks und Ausperrungen bald überwundene Dinge sein würden. — Für einen solchen Zustand sind freilich einige Ansätze vorhanden, man müßte aber mit Blindheit geschlagen sein, wollte man sich verhehlen, daß die Arbeiterschaft auf viele Jahre hinaus noch gewaltige Kämpfe führen muß, um zunächst die Unternehmer zu der nötigen Einigkeit zu erziehen. Wohl wird die Zahl der zu Verhandlungen und zum Abschluß von Tarifverträgen geneigten Unternehmer immer größer, aber immer stärrischer wird der Inhalt der Verträge. Wer Augen hat, zu sehen und Ohren hat, zu hören, dem kann es nicht entgehen, daß wir uns in immer schnellerem Tempo dem Zeitpunkte nähern, wo die zwei Mächte härter denn je auseinander prallen. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, dann steht das Baugewerbe in diesem Kampfe im Bordertreffen.

Den baugewerblichen Arbeiterorganisationen steht neben den vielen Innungen ein „Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe“ gegenüber, der seit Beginn seines Daseins seinen Willen befunden hat, die Arbeiterschaft zum „Frieden“ zu zwingen; d. h. der „Arbeitgeberbund“ will die Arbeiter unter seine Arbeitsbedingungen bringen, und seit Jahren lautet er auf den Moment, wo er zum Schlag gegen die ihm tief verhasste Arbeiterorganisation ausholen kann, um sie, wenn nicht zu zerstören, auf lange Zeit widerstandsunfähig zu machen. Um eine möglichst breite Kampfsbasis zu schaffen, hat der „Arbeitgeberbund“ seine Mitgliedschaften verpflichtet, sich bei Bohrfeststellungen und Vertragsabschlüssen so einzurichten, daß sie zum Frühjahr 1908 in großen Bezirken und 1910 möglichst über das ganze Land freie Hand zur eventuellen Ausperrung haben. Wenn die Arbeiter (Maurer, Zimmerer, Bauhülfearbeiter usw.) dann in irgend einer namhaften Stadt Forderungen stellen und ihnen durch Arbeitseinstellungen Nachdruck verleihen, soll sofort der Ausperrungsapparat in Bewegung gesetzt werden.

Diese immer mehr zu Gewissheit werdende Drohung kann eine Organisation wie der Centralverband der Maurer Deutschlands natürlich nicht unbeachtet lassen; er muß vorbeugen und Mittel und Wege zu finden suchen, um die Interessenolidarität der Kollegen und die Finanzkraft des Verbandes so zu gestalten, daß sie allen Ansprüchen genügen. Das zu tun, war der Verbandsvorstand schon seit Jahren bemüht, und erfreulicherweise ist es ihm gelungen, die übergroße Masse der Mitglieder davon zu überzeugen, daß sie unter Umständen harde Opfer bringen müssen, um den Ansturm der Feinde zurückzuschlagen. Mit herzerfrischender Deutlichkeit und Einmütigkeit haben die Kollegen im vorigen Herbst ihrer Überzeugung in einer Resolution Ausdruck dahin gegeben, daß sie von der Verbandsleitung und dem Verbandstag erwarten, daß diese Vorführungen treffen, die notwendig und geeignet erscheinen, den Verband stets fahnschiffbereit zu halten: „Sollte hierzu die Erhöhung der Beiträge oder die Erhebung eines Extrabeitrages nötig erscheinen, so darf sich der Verbandstag der Pflicht, solche Beschlüsse zu fassen, nicht entziehen.“

Dieser Stimmung Rechnung tragend, hatten neben zahlreichen Zweigvereinen auch der Verbandsvorstand und -Ausschuß dem diesjährigen Verbandstage einen Beitrag unterbreitet, wonach schon in diesem Jahre auf 22 Wochen (vom Mai bis September) Extrabeiträge erhoben werden sollten. Obwohl in der Sache völlig einig, hatten aber doch die Vertreter einiger größerer Zweigvereine Bedenken in bezug auf den Zeitpunkt; sie meinten, zur Zeit sei die Frage nicht brennend, da die bedrohlichen Wolken noch in weiter Ferne ständen. Allerdings: eine augenblickliche Gefahr bestand nicht und sie besteht auch heute nicht. Unsere Organisation darf aber nicht nur von heut auf morgen gerüstet sein, sondern sie muß früh beginnen, sich auf außerordentliche Verhältnisse einzurichten. In Erwägung aber, daß die Lage noch wenig übersichtlich war und daß man nicht ohne Not Beunruhigung in die Kollegenschaft hineintragen soll, nahm der Verbandsvorstand von der weiteren Verfolgung seines Vorschlags Abstand und beschränkte sein Ver-

langen auf die Festlegung eines Extrabeitrages für außergewöhnliche Verhältnisse. Dieser Forderung trat der Verbandstag mit folgendem Beschuß einstimmig bei:

„Der Verbandsvorstand ist in Verbindung mit dem Verbandsausschuß und den Gauvorsitzenden berechtigt, unter außergewöhnlichen Verhältnissen Extrabeiträge auszutreiben, zu deren Zahlung alle Mitglieder verpflichtet sind.“

Die außergewöhnlichen Verhältnisse sind nun eingetreten, oder besser gesagt, sie sind schärfer erkennbar geworden, so daß die dazu berufenen Verbandsvertreter es nunmehr für ihre unabsehbare Pflicht halten müssten, die Erhebung des Extrabeitrages zu beschließen und anzuordnen. Das ist getrieben. Wie aus der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in der vorigen Nummer unseres Blattes ersichtlich ist, haben die statutarisch beauftragten Vertreter der Organisation nach eingehender Beratung in gemeinsamer Konferenz beschlossen, vom Ende dieses Monats auf zehn Wochen den § 19 des Statuts voll zur Anwendung zu bringen, damit der Kampfsfonds des Verbandes noch in diesem Jahre um etwa eine Million Mark verstärkt werde. Um Beurkundungen und Hoffnungen und allen Kombinationen von Freunden und Feinden von vornherein die Spalte zu brechen, betonen wir mit Nachdruck, daß die Erhebung des Extrabeitrages auch heute keine Gegenwarts-Notwendigkeit ist, sondern daß lediglich die Zukunftsfürsorge, diese allerdings dringlich, den Beschuß und seine stiftende Durchführung erfordert.

Die Berliner Bewegung, die ja zur Zeit im Vordergrunde des Interesses steht, wie auch alle übrigen gegenwärtigen Lohnkämpfe kommen für den Extrabeitrag gar nicht in Betracht; dafür sind die Mittel in überreichem Maße vorhanden. Abgesehen von den nicht ganz unbedeutenden laufenden Einnahmen des Verbandes, hat die Hauptkasse allein noch einen Reservefonds von annähernd zwei Millionen Mark, eine Summe, die ausreicht, die Kämpfe noch über ein halbes Jahr führen zu können, auch dann, wenn wir noch in einigen anderen großen Orten die Waffen mit den Unternehmern feiern müssten. Der Berliner Kampf hat für den Verband aber zur Folge, daß der Kassenabschluß am Ende des Jahres keinen nennenswerten Überschuß aufweist. Und ein Stillstand in der Ansammlung eines Reservefonds für kommende Sturmjahre wäre allerdings ein Nebel, dem wir unter allen Umständen steuern müssen, so weit wir dazu in der Lage sind.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß unserem Verband in der Zukunft große Aufgaben bevorstehen, an deren Bewältigung wir nur denken können, wenn unsere Organisation in allen Städten stark und mächtig dasteht. Der „Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe“ hat u. a. auch beschlossen, jedes Verlangen der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit abzulehnen und dieser Forderung den stärksten Widerstand entgegenzusetzen. Verkürzung der Arbeitszeit um keinen Preis, keine nennenswerte Verbesserung der Arbeitsbedingungen, das ist die Parole, die die legitime Generalversammlung des „Arbeitgeberbundes“ ausgegeben hat. Das ist ein starkes Stück! Nicht etwa, daß die Unternehmer nur gegen den Arbeitstundentag wehren — was zwar nicht verständig, aber bei dem Bildungsgrad der Mehrzahl unserer „Arbeitgeber“ verständlich ist — nein, nach dem Beschuß soll jede Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt werden. Und die Unternehmer machen sich vielfach auch nicht einmal mehr die Mühe, die Ablehnung der berechtigten Forderungen der Arbeiter mit irgend welchen sachlichen Gründen zu motivieren, sondern sie berufen sich einfach auf den Beschuß ihrer Generalversammlung. Eine solche Behandlung der für die Arbeiter ungemein wichtigen Frage der Arbeitszeitverkürzung dürfen wir uns unter keinen Umständen gefallen lassen. Die Arbeiterschaft ist von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung überzeugt und sie muß die Lösung dieser Frage durchführen. Hält aber der „Arbeitgeberbund“ seine Beschlüsse aufrecht — was er höchst wahrscheinlich tun wird — dann werden wegen der Verkürzung der Arbeitszeit in den nächsten Jahren gewaltige Kämpfe entbrennen.

Es ist ein Kulturmarsch im wahrsten Sinne des Wortes, den die Arbeiterschaft um die Verkürzung des Arbeitszeit wie um die Erhöhung der Lebenshaltung überhaupt führt, wobei die Maurer unter allen Umständen ihre volle Schuldigkeit tun müssen und wollen. Und für solchen Kampf rechtmäßig die Mittel bereit zu stellen, ist eine Ehrenpflicht, der sich kein Mitglied unseres Verbandes entziehen kann. Je eher wir für alle Fälle fahnschiffbereit sind, desto besser. Darum säume kein Kollege, seine Pflicht in vollem Umfang zu erfüllen.

## Internationale Konferenz der Maurerorganisationen.

Unsere Umfrage bei den Organisationen, die an der ersten Internationalen Konferenz (Berlin 1903) beteiligt waren, hat ergeben, dass alle Organisationen mit der Abhaltung einer Internationalen Konferenz im Anschluss an den Internationalen sozialistischen Kongress, der vom 18. bis 24. August d. J. zu Stuttgart tagt, einverstanden sind.

Die befragten Verbände haben uns einstimmig mit den Vorarbeiten für die Konferenz betraut. Gemäss diesem Auftrage berufen wir nunmehr die

### Zweite Internationale Maurerkonferenz

zu Freitag, den 16., und Sonnabend, den 17. August, nach Stuttgart ein:

Die Konferenz tagt im Gewerkschaftshaus, Esslingerstrasse 19, und beginnt Vormittags 9 Uhr.

Für die Tagesordnung, die endgültig auf der Konferenz festgesetzt wird, liegen folgende Vorschläge vor:

1. Einführung eines internationalen Mitgliedsbuches.
2. Anerkennung nur einer Organisation für jedes Land.
3. Beitragsleistungen der Mitglieder im Auslande.
4. Gegenseitige Unterstützung bei Streiks.
5. Gegenseitige Unterstützung in der Agitation.
6. Errichtung eines internationalen Sekretariats.
7. Bauarbeiterschutzgesetzgebung.
8. Arbeitsnachweis.

Wir ersuchen die in Frage kommenden Landesorganisationen, ihre Delegierten zu bestimmen und uns die Namen derselben mitzuteilen.

Für die Delegierten wird unsererseits Logis besorgt; wir tragen auch für die Anwesenheit der erforderlichen Uebersetzer Sorge, wie wir auch alle anderen Vorarbeiten erledigen.

Der Vorstand  
des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

Im Auftrage: Th. Bömelburg.

(Wiederholt, weil in der ersten Bekanntmachung ein Irrtum in den Daten unterlaufen war.)

### Graf Posadowsky.

Wir haben unseren Lesern mitgeteilt, dass der Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky seinen „Abschied genommen“ hat. Dieses Wort „Abschied genommen“ muss richtig verstanden werden. Indem der Graf das Gefühl, ihn zu entlassen, erreichte, folgte er mehr einem äusseren Zwange als dem eigenen Bedürfnis, aus der Würde des Amtes freiz zu werden. Ihn hat das Geschick erreicht, dass in Preußen-Deutschland keinem Staatsmann erwartet bleibt, der die Kunst der maßgebenden reaktionären Elemente nicht zu erringen vermögt, oder dieser Kunst verlustig wird. Es ist gesagt worden, den verdeckten und offenen Angriffen, dem Grimm seines Gegners zum Opfer gefallen. Dass es so kommen werde, war vorauszusehen. Als der Mann vor zehn Jahren, am 1. Juli 1897, an die Spitze des Staatssekretariats des Innern berufen wurde, sahen die reaktionären Parteien auf ihn grosse Hoffnungen. Sie erwarteten, er werde ihr Mann sein und nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern insbesondere auch die Sozialpolitik des Reiches, sein hauptsächlichstes Werkzeug, in ihrem Sinne betreiben: Anfangs war seine Tätigkeit in manchen Städten durchaus nach behaupten, die Übergabeung zu erwarten, dass er bestrebt sei, dieser Erwartung zu genügen. Als er sein Amt antrat, war die von den Schärwachtern entfachte Bewegung zur „Brennung des Streiteratismus“ durch ein Gesetz zum „Schutz der Arbeitswilligen“, bereits im vollen Gange. Der Kaiser hatte seine Bielefelder Rede gehalten, in der er die schwierige Strafe dem antröhte, „der sich untersucht, einen Nebenmenschen, der arbeitet will, an freiwilliger Arbeit zu hindern“. Graf Posadowsky war dazu außersehen, diesem kaiserlichen Gedanken geschichtliche Form und Norm zu geben. Im Dezember 1897 erließ er das wenige Wochen später vom „Vorwärts“ ver-

öffentlichte geheime Rundschreiben, an die Ministerien der einzelnen Bundesstaaten, worin diese aufgefordert wurden, Material einzusenden zur Begründung einer dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentreten zu macgenden Vorlage, die dem Zwecke dienen sollte, „bei Aussänden arbeitswilliger Personen gegen den Terrorismus bei Aussändigen und Agitatoren besser zu schützen“. Nachdem dann der Kaiser am 6. September 1898 in Döhnsdorf erstmals eine Rede zu diesem Thema gehalten und darin u. a. gesagt hatte: „Wer einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, darf zuhindern versuchen oder gar zu einem Streit anregen; solle mit Bußgeld bestraft werden“, erschien am 26. Mai 1899 der dieser Drohung entsprechende Entwurf des Gesetzes „Schutz des gewerkschaftlichen Arbeitsverhältnisses“. Diese Vorlage hatte die offenkundige Tendenz, das Koalitionrecht der Arbeiter zu verbüren. Um im Volke Propaganda zu Gunsten der Vorlage betreiben zu können, schenkte Graf Posadowsky nicht vom Schärwachterverband (Centralverband Deutscher Industrieller) 12000 Mark zu erhalten und anzunehmen. Ob er das aus eigener Freiheit initiierte, gelan hat oder gewissen and deren Einflüssen gefolgt ist, entzieht sich bis jetzt öffentlicher Kenntnis. Die allgemeine Verurteilung geht dahin, dass letzteres der Fall. Graf Posadowsky vermögte die Vorlage nicht durchzubringen; sie erfuhr das verdiente Schicksal der Verschränkung.

Aus den damaligen Reichstagsverhandlungen, die das Schärwachterum vor aller Welt in seiner ganzen Fäulnißlichkeit enthielten, hat Graf Posadowsky ohne Zweifel viel gelernt, vor allem das eine, dass die organisierte Arbeiterschaft keine „terroristische Bande“ ist und dass sie dem Unternehmertum und den reaktionären Gewalten und Parteien gegenüber berechtigte Interessen vertritt. Um einen Mann in seiner Stellung objektiv gerecht zu urteilen, muss man die Verhältnisse, vor allem die gegeneinandergehenden Interessenstreitungen berücksichtigen, unter deren Einfluss er seine Wirksamkeit entfalten muss. Ein Reichsminister für Sozialpolitik, der allen berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse gegenüber den Interessen der herrschenden Klasse und der reaktionären Gewalten Redung tragen wollte, wäre in Deutschland, wie in jedem anderen Staates, eine Utopie.

Wir sagten in den kurzen Artikel der Tätigkeit Posadowskys, die wir an die Mitteilung seiner Entlassung knüpften, dass seiner Sozialpolitik die Großartigkeit gefehlt, dass sie in Fiktion sich erlöste habe und nicht darauf gerichtet gewesen sei, die Macht der Arbeiterklasse zu stärken. Wir haben mit diesem Urteil keinen Vorwurf gegen seine Person, unsomehr aber eine Anklage gegen das System verbunden, dem zu dienen er durch sein Amt und durch seine Abhängigkeit von dem Willen höherer Mächte verurteilt war. Im sozialpolitischen Programm der reaktionären Gewalten und Parteien haben die Interessen der Arbeiterklasse, die auf diese Interessen gerichteten Akte der Gesetzgebung immer nur unter dem Gesichtspunkte ordnungspolitischer Spekulation, aus politischer Zwieduldigkeitswägung heraus eine verhältnismäßig sehr eng begrenzte formelle Anwendung gefunden. War diese Politik doch an hauptsächlich darauf berechnet, die Arbeiter der „Müstergarantie“, der Sozialdemokratie abwendig zu machen, ihnen eine „Lösung der sozialen Frage“ vorzutäuschen. Zugesehen ist jedoch, dass Graf Posadowsky in den letzten Jahren seiner Amtsleitung gelernt hat, die soziale Frage, die Arbeiterfrage, die Frage geistiger Wahrung der Arbeiterinteressen, wenn auch nicht durchaus richtig, so doch viel richtiger zu erfassen und zu würdigen, als den reaktionären Gewalten und Parteien, in deren Banngesetz er stand, lieb sein konnte. Den sogenannten Mittelstandspolitikern, deren extremem Büfflerium und dessen Protesten aus dem konserватiven und ultramontanen Lager tat er nicht den Gefallen, ihnen Konzessionen zu machen. Oftter trat er den Utopien und demagogischen Abhürden dieser Herren im Reichstage schief entgegen. Er stellte sich dabei insofern völlig auf den Standpunkt der Sozialdemokratie, dass er unumwunden ehrlich erklärte, dass es eine kultivirte Tochter sei, die Entwicklung der Großindustrie hindern oder gar unmöglich machen zu wollen, um zu den längst überwundenen Formen altherreicher Wirtschaftssysteme zurückzuführen. Damit zog er sich natürlich den Bönen der Mittelstandspartei zu. Entsprechend dieser Erkenntnis ist er auch der Arbeiterpolitik, und zwar prinzipiell, eine bessere und gerechtere Beurteilung zu tell werden, als sie vor selten der Konservätinen, der Junfer, der Agrarier sowie der Masse der „Überalter“, insbesondere des „Überalten“ Scholzunter- und Schärwachterums, erhält. Freund der sozialpolitischen Reaktionäre war er nicht; er hat sie öfter in starken Aufregung versetzt durch das Befremden, dass die sozialpolitische Gesetzgebung eine kulturelle und humanitäre Notwendigkeit und dass ohne sie eine gesunde Entwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens nicht möglich ist. Der Umstand, dass er im Reichstage einige Male die Berechtigung von Forderungen der Arbeiter gegenüber dem kapitalistischen

Interesse anerkannnte und anerkannte und anerkannte Worte für die Wirksamkeit der Sozialdemokratie und der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen fand, sowie dass er sein Heil daraus mache, nicht mehr vom Geste der Bußgeldvorlage befreien zu sein, war ausreichend für die Reaktionäre aller Richtungen, ihn als „Bußlen“, als „Schrittmauer“, als „Vorwärtsgenosse“ der Sozialdemokratie zu verschreien. In solchen Vorwürfen lagen sich besonders die Agrarier hervor. Graf Posadowsky war sein Mann nach ihrem Herzen, obwohl er die Aufgabe hatte und erfüllte, hauptsächlich in ihrem Interesse, die neue Sozialpolitik im Reichstage zu vertreten. Er widerstrebte sich energisch der extremen Schutzpolizie und machte der Agrarpolitik des Zweck bei, die Landwirtschaft in den Stand zu setzen, den Arbeitern bessere Löhne zu zahlen und auf diese Weise die Landflucht der Arbeiter zu verhindern oder wenigstens einzudämmen. Damit traf er die Agrarier an einer ihrer empfindlichsten Stellen; sie haben es ihm nicht vergessen, dass er „wagte“, in den zollpolitischen Debatten auch Arbeiterinteressen zu berücksichtigen.

Ernähnung verdient auch, dass Graf Posadowsky sich im Reichstage als Gegner des preußischen Polizeigesetzes bekannte, der nach kleinlichen Geisselpunkten verfasst und in unsere Zeit nicht mehr hineinpasst.

In alledem haben wir die Gründe des Sturzes Posadowskys. Es ist durch unwiderrührbare geschilderte Mitteilungen bürgerlicher Blätter bekannt geworden, dass die Hege gegen die Versuche, ihn zu fürsten, bereits im Jahre 1900 eingekämpft; dass die Opposition gegen ihn aus der Mitte des preußischen Ministerkollegs wieso am Ende förderte und dass er auch im Bundesrat beständig mit feindseligster Gesinnung zu rechnen hatte und dass man ihn „an maßgebender Stelle“ verdächtigte, ein „Gönner des Zentrums“ zu sein, weil er mit der Reichstagsauflösung im Dezember 1906 nicht einverstanden war.

Noch in den letzten Reichstagsjahren sprach Posadowsky von den im geheimen gegen ihn wirkenden Kräften; er meinte, er hätte Oberwohler noch nicht gewonnen. Sei haben diese Kräfte über ihn gesiegt. Er ist gestürzt, er ist denselben Einflüssen erlegen, die seit Jahren an „maßgebender Stelle“ wiesen sind, eine gesunde Entwicklung der Sozialpolitik zu verhindern, diese Politik ganz und gar unter die Herrschaft des reaktionären Geistes zu bringen.

Der Sturz Posadowskys ist symphonisch; er bedeutet den Auftang dieses Prozesses. Zwar soll der Reichskanzler auf eine Befreiung des Vorstandes des Gesamtverbands der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands aus Anlaß des Rücktritts des Grafen Posadowsky geantwortet haben, in der Sozialpolitik sollt nicht geästet, sondern auf den alten bewährten Bahnen weiter gearbeitet werden. Darauf ist gern und gern zu geben, zumindest die Bahnen der Sozialpolitik seither schon durchaus keine bewährten gewesen sind. Oder glaubt man, dieselben maßgebenden Elemente, die den Grafen Posadowsky beschäftigt haben, weil er ihnen auf sozialpolitisches Gebiete zu weit ging, würden zulassen, dass sein Nachfolger, der schwere preußische Polizeiminister, Herr von Bethmann-Holleweg, in seine Fußstapfen trete? Das Gegenteil verlangen und erwarten sie. Wie sich dieser Nachfolger als „Reichsminister für Sozialpolitik“ bewähren wird, mag sich ja bald zeigen. Die „neuen Männer“, die unter solchen Umständen ans Ruder kommen, schlagen den Kurs ein, der ihnen vorgeschrieben ist. Und noch dazu ist der Nachfolger ein vollkommen Neuling auf dem schwierigen und komplizierten Gebiet der Sozialpolitik, in das sich Graf Posadowsky, was jeder ehrliche Gegner von ihm zugeben muss, mit eiserner Gründlichkeit eingearbeitet hat. Das sozialpolitische Wirken des „Mannes im Bart“ kann uns nicht bestreiten, aber wir erfahren uns dieses Wirken objektiv aus den Verhältnissen und Umständen und stehen nicht an, zu sagen, dass sich Graf Posadowsky als Sozialpolitiker in Amt und Würde sehr zu seinen Gunsten von maßgebenden Staatsmännern in Preußen-Deutschland unterscheidet.

### Politische Umschau:

**Das Recht der Arbeitswilligen.** Für die Streitbrecher, die sogenannten „Arbeitswilligen“, bildet sich in Deutschland nachdrücklich ein Separatstrafe heraus. Das Unternehmertum verlangt, dass ihnen gegenüber Polizei und Justiz die weitgehendsten Blüddungen nebst im Gegenzug zu den Interessen streitender Arbeiter. Und diese Maßnahmen werden ihnen auch tatsächlich gezeigt. Die Polizei beschäftigt Arbeitswillige nach Möglichkeit dafür, mit streitenden Arbeitern in Verbindung zu kommen, und die Justiz verhängt harte Strafen über diejenigen, gegen welche die Entschuldigung gerichtet wird, dass sie die Arbeitswilligen bedroht oder tatsächlich angegriffen haben. Viele Hunderte derartiger Fälle, die mehr oder weniger mit unbeteiligtem Rechtsbewusstsein tollzierten, liegen sich anführen. Wenn aber Arbeitswillige sich größlicher Bedrohung und tatsächlicher Ausschaltung gegen Streitende schuldig machen, dann findet in der Regel Polizei und Justiz keine Schuld an ihnen oder über sie hingenommen findet eine milde Sühne. Schon öfter sind Arbeitswillige Totschläger freigesprochen worden mit der Motivierung, dass sie in „Notwehr“ gegen Streitende sich befunden haben. Der

vielleicht dieser Fälle ereignete sich am 29. Juni vor dem Schiedsgericht in Düsseldorf. Angeklagt war der arbeitswillige former August Buschholz aus Bremen, der am 11. Mai d. J. den Arbeiter Höppner in Münster erstickte. Er hatte eine Auseinandersetzung mit Streitenden, die ihn veranlassen wollten, die Arbeit niederzulegen und abzulegen, wozu er sich auch bereit erklärt habe. Auf der Strafe sei er dann nach seiner Behauptung bedroht und angegriffen worden. Er hat zwei Schüsse aus seinem Revolver abgegeben, von denen einer den Arbeiter Höppner traf. Ein Polizeier erging an hingegen betonte, daß die Hallung der Streitenden durchaus keine drohende gewesen sei und daß er auch von den beobachteten Erzeugnissen gegen den Angeklagten nichts gesehen habe. Die Verhandlung ergab weiter, daß die Arbeitswilligen förmlich renommiert haben, damit sie hätten „blane Böhnen“ für den Fall, daß sie angegriffen würden.

Der Staatsanwalt vertrat den Standpunkt, der Angeklagte habe in „berechtigter Notwehr“ gehandelt. Er beschreibt, von den Streitenden sei ein „Schau de Haffter Texorismus“ geübt worden durch das Ausstellen von Streitposten; nicht den Aussagen der Streitenden, sondern denen der Arbeitswilligen sei Glauben beizumessen; nach den Erfahrungen, die Arbeitswillige gemacht hätten, sei es nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht, durch einen Revolwer ihr Leben zu erhalten! Der Staatsanwalt beantragte, die Schuldfeststellung zu verneinen, und nach einer Beratung von wenigen Minuten entsprachen die Geschworenen dieser Bitte, worauf das Gericht den Angeklagten freisprach. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Bannier, meinte in einer Ansprache an die Geschworenen, es sei da ohne Ansehen der Person, ohne Haß und Lust gerichtet worden.

Wir haben aus den Prozeßberichten auch nicht eine Spur eines Nachtheiles dafür entdeckt können, daß der Arbeitswillige Erstkläger sich in berechtigter Notwehr befunden hat. Er ist nicht im geringsten bestraft worden, da gegen wurde festgestellt, daß die Arbeitswilligen, fortwährend die schwersten provokatorischen Drohungen gegen die Streitenden ausgeführt haben. Den Revolwer zu gebrauchen, hatte der Angeklagte durchaus keine aus dem Notwehrrecht zu erklärende und zu entstuldigende Veranlassung. Und doch stand der öffentliche Ankläger keine Schuld an ihm! Es folgte den Bemühungen des Gerichtsvorstandes, die Verantwortung für die Tat des Angeklagten den Streitenden aufzublättern. Doch damit der Gerechtigkeit entsprochen ist, wird die erdrückende Mehrheit der deutschen Arbeiter gewiß nicht glauben.

**Die Dauer der Lehrzeit** ist von mehreren Handwerkskammern für alle oder doch für einen großen Teil der in ihrem Betriebe tätigen Handwerksteige abweichend von der Regel der Gemeinverordnung auf 3½ Jahre festgesetzt worden. Dagegen erhebt das preußische Handelsministerium folgende Bedenken:

Zunächst sind die Kammern gemäß § 130a Abs. 2 Gew.-O. nicht befugt, die Dauer der Lehrzeit allgemein für alle Gewerbe oder Gewerbszweige festzulegen. Das Gesetz fordert vielmehr, wie die angezogene Bestimmung erkennen läßt, daß die Festlegung nur für die einzelnen Gewerbe oder Gewerbszweige, also nach Prüfung und unter Berücksichtigung der Eigenart eines jeden Gewerbes oder Gewerbszweiges erfolgt. Vor Erteilung der Genehmigung wird daher in jedem Falle der Nachweis zu fordern sein, daß diese Prüfung und Berücksichtigung in ausreichendem Maße erfolgt ist. Im Bractracht zu ziehen ist ferner, daß eine Verlängerung der Lehrzeit leicht eine Verschärfung des in vielen Gewerben schon jetzt herrschenden Behördungsmangels im Gefolge haben kann, da die Eltern sich unter Umständen durch die hiermit verbundene Verkürzung der Lehre werden davon abhalten lassen, ihre Söhne dem Handwerksberufe zuzuführen. Wenn nun zur Begründung eines Vorgehens gemäß § 130a Abs. 2 Gew.-O. auf die angeblich durch die Fortbildungsschule bewirkte Vereinträchtigung der Meisterlehre hingewiesen wird, so ist demgegenüber zu bemerken, daß der Fortbildungunterricht vielmehr, indem er beweist, den Schülern Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, deren sie für ihren gewerblichen Beruf dringend bedürfen, zu deren Aneignung die Werkstatt des Lehrberufs in der Regel keine Gelegenheit bietet, eine unentbehrliche Ergänzung der praktischen Lehre bildet, die dadurch nicht gefährdet, sondern gefördert und vertieft wird.

Darauf kommt es unseres Bünftlers nicht an. Sie wollen zur „Sekundierung des Handwerks“ jugendliche Arbeitskräfte ausschulen und sich in dieser Hinsicht für die Zeit, die der Fortbildungunterricht erfordert, durch Verlängerung der Lehrzeit schlüssig halten.

**Die Eingangsverhandlungen mit den Lokalisten**, die der Parteivorstand, einem Auftrage des letzten Parteitages gemäß, nochmals eingeleitet hatte, sind, wie jeder inauguraussehende konnte, gescheitert. Auf das erste Schreiben des Parteivorstandes an die lokalistische „Geschäftsleitung“, worin diese um eine Neuerung ersucht wurde, ob sie geneigt sei, über den Anschluß an die Zentralverbände zu verhandeln, hatte sie geantwortet, daß sie dazu nicht befugt sei, sie wolle erst die Meinung der ihr angeschlossenen Vereinigungen hören. Die von der „Geschäftsleitung“ darauf veranlaßte Umfrage ergab, daß die Mehrheit ihrer Organisationen gegen die Verhandlungen erklärte. Dies wurde dem Parteivorstand mitgeteilt. Der beschloß nun, zu versuchen, mit der Minorität der lokalistischen Vereinigungen, die den Verhandlungen zugestimmt hatten, direkt in Verbindung zu treten. Das Resultat dieser Bemühungen des Parteivorstandes steht noch aus. Es ist möglich, daß einige Organisationen den Anschluß an die Zentralverbände vollziehen, das Gros der lokalistischen „Gewerkschaften“ steht jedoch allen Eingangsbestrebungen schroff gegenüber. Der Wertenswert ist der Ton, in dem die berüchtigte „Eingigkeit“ die Angelegenheit behandelt. Sie schreibt u. a.:

„Für uns ist die Angelegenheit, hoffentlich bis zum nächsten Kongreß erledigt, wenigstens haben wir nicht Lust, durch fortwährende Eingangsversuche usw. von außen her die Fortentwicklung der Freien Vereinigung deutscher Ge-

werkschaften stören und schädigen zu lassen und dabei noch selber mitzuhelfen. Wenn das Programm und die Anträge, die in der Freien Vereinigung vertreten und propagiert werden, nicht paßt und wer befiehlt um des lieben Friedens und anderer Gründe willen in die reformerischen Zentralverbände, die sich der Protektion der sozialdemokratischen Partei und deren gesamtem Vorstande einschließlich der Kontrollkommissionen erfreuen, unterschieben will, der mag gehen. Wir streben nach wie vor auf dem Boden der Verständigung des sieben Stengesels trok Liedel, Mannheim, und trok Essen.“

Es ist natürlich das gute Recht der Lokalisten, die sie betreffenden Schlüsse des Parteitages zu ignorieren, nur müssen sie dann auf die Begrüßung der Partei verzichten. Wir haben schon in der Begrüßung des letzten (Mannheimer) Parteitages unsere Meinung dazu und auch diesen Ausgang der Sache vorhergefragt. Diese Leute weigern sich konsequent, sich der allgemeinen Bewegung einzuschließen; entfernen sich im Gegenteil immer mehr von der Theorie und Praxis unserer Bewegung. Da ist es schließlich eine zwingende Notwendigkeit, sie nun auch formell aus der Partei auszuschließen, mit der sie in Wirklichkeit längst abgebrochen hatten. Für ihre Idee des Antiparlementarismus, Antimilitarismus und wie die verschiedenen Monarchisten noch heißen, ist bei uns kein Platz. Das wird der Parteitag in Essen mit der Tat befunden müssen.

**Die fremden Arbeitskräfte und die Einwanderungsbeschränkungen.** Auf der Tagesordnung des Stuttgarter Internationalen Arbeiterskongresses steht auch die Einwanderungsgesetzgebung. Es ist bekannt, daß die Stellung der Arbeiter hierzu seine einheitliche ist. Vor allem haben wir in den überseeischen Ländern Arbeiterschichten, denen die dortigen Einwanderungsbeschränkungen, obwohl sie sich zwecklos verhüten, noch nicht weit genug gehen. Wir haben jedoch darüber namhafte Vorführer, die eben hemmenden und abwehrenden Eingriff in die internationales Verbesserungsstreitungen und Arbeitskonferenzen, als reaktionär verurteilen.

Unseres Erachtens lassen sich so liefsende Fragen nicht im Handumdrehen erledigen. Sie sind dazu in ihren Einzelheiten auch viel zu wenig bekannt. Wir weisen deshalb unsere Leiter auf die Materialienansammlung hin, die der letzten Dr. 41 der „Neuen Zeit“ als Sonderheit beigefügt ist: „Die fremden Arbeitskräfte und die Einführung der vertraglichen Gewerkschaften“.

1. Vereinigte Staaten von Amerika: Die Chinesengesetzgebung. Die allgemeine Einwanderung. Die Einwanderung unter Arbeitskonsortial. Vorbehalt öffentlicher Arbeiten für Einheimische.

2. Kanada: Die Chinesengesetzgebung. Die allgemeine Einwanderungsgesetzgebung. Die Einwanderung unter Arbeitskonsortial. Vorbehalt öffentlicher Arbeiten für Einheimische.

3. Australien: Gesetzgebung gegen Chinesen und Kanaken. Die Bildung der kaukl. Sonstiger Charakter der allgemeinen Einwanderungsgesetzgebung. Die Einwanderung unter Arbeitskonsortial. Farbige und Schwarze dem emigration.

4. Südafrika: Die allgemeine Einwanderungsgesetzgebung. Die Indierabsperrung. Die Zufuhr von Chinesenarbeit.

5. Allgemeines über europäische Länder. Frankreich (mit seinem System, einen Höchstgrenzen für ausländische Arbeiter zu bestimmen).

6. England: Das neue Fremdenrecht. Die Einwanderung von Streitbrechern unter Kontrakt. Farbige, Fremde und Schiffsbemannung. Verschlechtern. 1

7. Andere Länder: Schweden, Norwegen, Rumänien, Österreich, Deutschland.

**Politische Gewerkschaften und politische Vereine.** Die nationalpolnischen Befreiungen haben zur Gründung von polnischen Gewerkschaften geführt, von denen bis jetzt drei bestehen, eine in Posen, eine in Bucium und eine dritte, eine christlich-politische Gemeinschaft zu gegenseitiger Hilfe, in Oberschlesien. Die kürzlich geführten Verhandlungen zur Vermählung dieser Gewerkschaften zu einem einzigen Verband mit dem Sitz in Berlin haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Angewiesen ist für die Provinzen Kleinpolen und Westpolen vor einigen Wochen ein besonderer polnisch-sozialistischer Verband ins Leben gerufen worden. Seine Aufgabe ist noch dem jetzt veröffentlichten Statut die Verbreitung der polnisch-sozialistischen Idee in Westpolen und der Rheinprovinz mit Hilfe von Versammlungen, öffentlichen Aufzügen, sozialistischen Bibliotheken, Unterstützung sozialistischer Kandidaten bei den Wahlen zum Reichstag, Landtag, den Gemeinderatswahlen usw. Der Verband setzt sich zusammen aus den Unterverbänden „Brüderliche Hilfe“ (Oberhausen) und „Aufklärung“ (Berlin). Verbandsorgane ist die in Katowitz erscheinende „Gazeta Robotnicza“.

Sollen die Betriebskantassen beibehalten werden? In Fachblättern und bürgerlichen Tagesschriften wird anlässlich der geplanten Reform der Arbeiterversicherung lebhaft die Frage erörtert, ob die Betriebskantassen beibehalten oder der Reform zum Opfer fallen sollen. Professor Dr. Stier-Somlo in Bonn tritt im „Reformblatt für Arbeiterversicherung“ (Frankfurt a. M.) lebhaft für die Beibehaltung dieser Kassen ein. Er betont, „das sozialpolitische Moment der Annäherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die durch das Zusammenarbeiten in den Betriebskantassen erzielt wird“ (?) und er meint, daß alle diejenigen, welche sich für das Ideal eines konstitutionellen Fabrikbetriebes begeistern, auch für die Betriebskantassen Interesse zeigen müssen.“ Dann beruft

er sich auf die „außerordentliche Leistungsfähigkeit“ der Betriebskantassen gegenüber den Ortskantassen. Im Jahre 1904 waren nach der amtlichen Statistik in den Ortskantassen circa 5,2 Millionen Mitglieder verkehrt, in den Betriebskantassen 2,7 Millionen, also ungefähr die Hälfte. Die ordentlichen Einnahmen betrugen bei den Ortskantassen 27,5 Millionen Mark, bei den Betriebskantassen 74,5 Millionen Mark, während dem Verhältnis schon ein Betrag von circa 63 Millionen Mark entsprach. Die Verwaltungskosten haben bei den Betriebskantassen nur circa 162 000 erreicht, bei den Ortskantassen aber circa 104 Millionen Mark.

Stier-Somlo ist der Ansicht, daß auch im Vergleich der Leistungen die Betriebskantassen verhältnismäßig gut abscheiden. Während sie im Jahre 1904 nur die Hälfte der Mitgliedsbeiträge im Vergleich zu den Ortskantassen hatten, stellten sich die Aufwendungen an Herren, Arancen, Kränen und Sterbegeldern, Wohnungsmieteunterstützung &c. bei den Fabrikanten auf 65 prozent.

Diese Erwägungen besagen nach unserem Ermessens nichts zu Gunsten der Beibehaltung der Betriebskantassen. Diese Kassen sind, ebenso wie die Innungs-kantassen eine Anomalie; sie passen ganz und gar nicht in den Rahmen eines gefundenen Verhältnissystems, das ein einheitliches sein muß. Doch sie dem „Ideal eines konstitutionellen Fabrikbetriebes“ entsprechen, ist nur in der Gründung des Herrn Professors der Fall. Sie dienen in der Regel vielmehr dazu, die „Autonomie“ des Unternehmers über „seine“ Arbeiter zu stärken. Diese haben fast durchweg auf die Verwaltung sehr wenig, oft gar keinen Einfluß, trotzdem das Gesetz ihnen gewisse Rechte eingeräumt. Gewöhnlich ist, wie ich aus dem Arbeitsverhältnis von selbst ergibt, der Wille des Unternehmers oder der Betriebsleitung entscheidend. Dazu kommt, daß die Berechtigung des Verkäufers, sein Versicherungsverhältnis überhaupt, mit seinem Ausstieg aus dem Arbeitsverhältnis erlischt. Ein Arbeiter kann jahrelang in solche Kasse zahlen ohne Unterlaßung daran genossen zu haben — in dem Augenblick, wenn aus dem Betriebe geht er seinen Ansprüchen an die Kasse verlustig, wobei zu berücksichtigen ist, daß seine Entlastung ganz in der Willkür des Unternehmers liegt.

Der von Stier-Somlo angestellte Vergleich zwischen den Leistungen der Betriebs- und der Ortskantassen ist für die Beurteilung des Wertes der ersten ganz belanglos. Es sprechen alles in allem viel mehr Gründe gegen die Betriebskantassen, als für sie. Deshalb hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schon öfter auf ihre Befürchtung hingewiesen. Soll eine Einheitlichkeit der Arbeiterversicherung zu Stande kommen, so müssen sie fallen.

**Sozialdemokratie und Staatsdienst.** Aus Karlsruhe wird berichtet:

Für eine Erfahrung zum Karlsruher Bürgerausschuß an Stelle des verstorbenen sozialdemokratischen Gastwirts Eberle wurde von der sozialdemokratischen Fraktion in der Hauptversammlung der badischen Eisenbahnen beschäftigte former Max Schäufele vorgeschlagen. Dieser wurde auch am lebvergangenen Freitag vom Bürgerausschuss mit 78 von 88 abgegebenen Stimmen gewählt. Um 5 Uhr Nachmittags mache der Oberbürgermeister die Wahl belässt, ein halbe Stunde später bereit wurde, die gewählte von Vorstand der Eisenbahnwerft auf das Bureau gerufen, wo ihm eröffnet wurde, daß es nicht geduldet würde, daß Staatsarbeiter als Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Bürgerausschuss tätig sind. Einwider solle er das Mandat niederlegen oder seine Kündigung einreichen. Anderen Tages wurde Schäufele abermals vor den Vorstand zitiert und ihm ein Meyer unterstellt, durch welchen er sich unterschriftlich verpflichtet, aus der sozialdemokratischen Partei auszutreten. Schäufele unterstrich.

Die in Karlsruhe erscheinende offizielle „Süddeutsche Reichsrepublik“ rechtfertigt dies „nicht terroristische“ Brüder der Verwaltung wie folgt:

Schäufele sollte als Vertreter derjenigen Partei gewählt werden, deren Endziel der Wunsch der befehlsenden Staats- und Gesellschaftsordnung ist und in deren Reihen die allgemeine Aussicht gerade auch der Eisenbahner als eines der wesentlichen Mittel zur Durchführung der politischen und wirtschaftlichen Parteipläne betrachtet wird. Die Staatsverwaltung kann selbstverständlich Arbeiter, die öffentlich für eine solche Partei tätig sind, in ihrem Dienst nicht dulden.“

Eine Auslassung, die wir in mehreren reaktionären Blättern finden, geht dahin:

„Unseres Erachtens darf die Sozialdemokratie seinerlei Einfluss, sich über dieses selbstständliche Vorzeige der Eisenbahnverwaltung zu erregen; sie selbst würde wohl zu allerletzt einen Arbeiter in ihrem Dienste dulden, der einer antisozialistischen Partei angehört und öffentlich gegen die Sozialdemokratie auftritt.“ Ein solcher Arbeiter würde in Kürze frist aus dem Reihen der Gewerken „fliegen“. Die badische Regierung hat aber nie daran gedacht, der politischen Gesinnung ihrer Beamten oder Angestellten nachzuhören; aber es ist nicht nur das gute Recht, sondern die Pflicht einer jeden Regierung und ganz besonders der Eisenbahnverwaltung. Leute aus ihrem Dienste fernzuhalten, die öffentlich für die Sozialdemokratie agitieren. Dass die badische Eisenbahnverwaltung neuerdings ein besonders wachsendes Auge auf die agitatorische Tätigkeit der Sozialdemokratie in ihren Reihen hat, hängt damit zusammen, daß gerade in der letzten Zeit der Ausbruch eines Eisenbahnstreiks im badischen Oberland drohte, der im Hinblick auf den außergewöhnlich starken Weitverkehr nach der Schweiz für das Publikum besonders verhängnisvoll hätte werden können.“

Hier wird eine staatliche Verwaltung geradewegs zur Partei gekämpft. Für eine Partei ist es selbstverständlich, daß die Gegner ihrer Bestrebungen in ihren Reihen nicht duldet und nicht dulden kann; das würde dem Begriffe des Parteidaseins widerstehen. Aber eine staatliche Verwaltung soll nicht Partei sein,

vielleicht nach der Theorie der "Staatsverhaltenen" selbst über den Karteien stehen". Was die badische Eisenbahnverwaltung sich geleistet hat, ist eine ordnungspolitische Rötigung bedenklichster Art. Selbst die Leitung der nationalliberalen Partei Badens ist mit dieser Praxis nicht einverstanden; sie hat in der "Badischen Landeszeitung" eine Erklärung veröffentlicht, in der sie das Vorgehen der Eisenbahnverwaltung als höchst bedauerlich bezeichnet.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zugang von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Maurer:

Hansastädte: Hamburg: Ochsenwärder, Kirchwärder (Streiks), Altengamme (Sperre über Knopf), Lübeck (Differenzen);

#### Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulsmoor, Segeberg und Rickling, Plessenburg (Streiks), Schleswig (Bauarbeiterstreik), Reinold (Sperre über E. Haeger), Nortorf (Sperre über Hoeschen in Bargstedt und Rohwe in Bokel);

#### Mecklenburg:

Sülz (Sperre über Holdorf), Rostock (Differenzen), Boizenburg (Sperre über den Bau des Mühlenbesitzers Hinselmann);

#### Brandenburg:

Berlin (Streik). Das Berliner Lohngebiet umfasst 54 politische Gemeinden. Die an der Grenze des Lohngebietes liegenden Orte sind folgende: Friedrichshagen, Cöpenick, Grünau, Bohnsdorf, Alt-Glenicke, Rudow, Buckow, Marienfelde, Gr.-Lichterfelde, Zehlendorf, Grunewald, Westend, Nonnenwiese, Haselhorst, Dallendorf, Reinickendorf, Schönholz, Nieder-Schönhausen, Hennersdorf, Weissensee, Hohen-Schönhausen, Friedrichsfelde und Karlshorst. Alle Orte die innerhalb dieses Kreises liegen, werden von dem Streik erfasst. Kalkberge-Rüdersdorf, Hennekendorf-Herzfelde, Hirschgarten (Streiks), Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreiskrankenhaus und Saalbau in Gallun), Oranienburg (Sperre über die chemische Fabrik);

#### Pommern:

Stolp (Aussperrung), Cammin, Gartz a. d. O. (Streiks), Pölitz (Sperre über Paape), Wolgast (Differenzen), Greifswald (Differenzen bei Zimmerer und Bauarbeitern), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperre über Friedrich Berg);

#### Ost- und Westpreussen:

Marienburg, Marienwerder (Differenzen), Konitz (Sperre über Hermann), Sensburg (Sperre über Rehse), Memel (Sperre über Richtmeier und Schmidt);

#### Posen:

Schwersenz, Kolmar (Streiks), Schneidemühl (Differenzen);

#### Schlesien:

Ohlau, Muskau i. d. Ober-Lausitz (Streiks), Jauer, Landeshut (Differenzen), Peitzerwitz (Aussperrung), Oppeln (Sperre über Kuntze), Antonienhütte (Sperre über Przylink);

#### Königr. Sachsen:

Chebnitz, Kirchberg, Ober- und Niederneukirch, Steinigtwolsdorf, Wehrsdorf, Ringenhain (Streiks), Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien und Kunze, Bahnhofsbaute, M. Steyskal in Möckern, Sohrstrasse, Gottlieb Tschirley in L.-Gohlis, Pariserstrasse, Alfred Kirschner, L.-Gohlis, St. Privatstrasse, Otto Auge, Ecke der Elisen- und Fichtestrasse), Schneeberg (Sperren über G. Heckel in Schneeberg und Lain in Aue, Bau liegt in Niederschlema), Meissen (Sperre über Teicherts Ofenfabrik), Mülsen (mehrere Sperren), Aue (Sperre über Ritsch in Lössnitz);

#### Thüringen:

Zechau (Sperre über die Zuckerraffinerie in Rositz);

#### Provinz Sachsen und Anhalt:

Hornhausen, Halle a. d. S., Erfurt, Weissenfels, Namburg a. d. S. (Streiks), Wettin (Sperre über Zeche Johannehthal, Unternehmer Röber), Oschersleben (Aussperrung), Nebra (Sperre über Knabe in Rossleben), Kenschberg (Sperre über Alb. Jakob), Osterwick (Sperre über Witte- und Wilhelms), Merseburg (Sperre über Schrepper), Quedlinburg, Hettstedt, Zeitz (Differenzen);

#### Hannover, Oldenburg und Lippe:

Springe, Melle, Wildeshausen (Streiks), Delmenhorst (Bauarbeiterstreik), Celle (Aussperrung), Stade (Sperre über Bützling), Fallingsbostel (Sperre über Bostelmann), Soltau (Differenzen), Schötmar (Sperren über Steimann und Bröker);

#### Westfalen:

Herford (Streik), Hagen (mehrere Sperren), Schwelm (Sperre über Müller);

#### Rheinland:

Aachen (Streik), Helligenwald b. Trier (Sperre über P. Broschart), Kettwig (Sperre über Endlein), Rithport (Sperre über Gebr. Meier);

## Hessen und Waldeck:

Wildungen, Allendorf a. d. Werra, Gersheim (Streiks), Geisenheim (Sperre über Schüler und Fecher), Heidesheim (Sperre über Rump, Jakob und Franz Swidersky), Flötheim (Sperre über Kessler, Braun und Holzdecker), Oppenheim (Sperre über A. Gessin und Florian Krämer), Lorsch (Sperre über beide Geschäfte Brunnengräber);

## Baden-Pfalz:

Neustadt a. d. Haardt, Wiesloch, Eberbach, Bieberach, Gengenbach, Zell (Streiks), Roxheim (verschiedene Sperren), Mannheim-Ludwigshafen (Sperre über Betontischlerei Wyss & Freitag);

## Elsass-Lothringen:

Mülhausen, St. Ludwig (Streiks), Strassburg (Sperre über Ph. Frey);

## Bayern:

Selb (Sperre über Jäger & Werner);

## Schweiz:

Basel, Bern, Bülach, Olten;

## Oesterreich:

Braunau in Böhmen, Göding, Leitomischl, Linz, Mährisch Budowitz, Zwicker (Streiks);

## Ungarn:

Pressburg (Aussperrung).

## Arbeitsgelegenheit ist in Engpassen.

## Lohnbewegung im Jahre 1907.

Bis zum 30. Juni waren 488 Lohnbewegungen erlebt. Die hierfür in Frage kommenden Lohngebiete umfassen 5687 Orte mit 4058 Unternehmern und 53 814 Gesellen.

Die Bewegungen verteilen sich auf die einzelnen Gaue:

Gau Berlin	44 mit 4405 beteiligten Gesellen
Bremen	18 " 983 "
Württemberg	5 " 568 "
Tasfel	8 " 95 "
Tölt	15 " 364 "
Danzig	16 " 1923 "
Dorfhund	4 " 251 "
Dresden	15 " 1438 "
Fürst	26 " 2369 "
Frankfurt a. M.	30 " 1572 "
Görlitz	17 " 2343 "
Hamburg	28 " 2222 "
Hannover	64 " 6568 "
Leipzig	39 " 5308 "
Lübeck	36 " 1891 "
Magdeburg	32 " 4379 "
Mainz	31 " 2795 "
München	14 " 916 "
Nürnberg	14 " 3110 "
Öberpfalz	2 " 4765 "
Stettin	31 " 2378 "
Stuttgart	6 " 2671 "

Die den Unternehmern unterbreiteten Forderungen betrafen in ihren Hauptpunkten:

- a) in 261 Fällen Erhöhung des Lohnes, und
- b) in 237 Fällen Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit.

Am Verkürzung der Arbeitszeit wurde speziell gefordert:

in 25 Fällen	9 Stunden
" 67 "	9½ "
" 139 "	10 "
" 4 "	10½ "
" 2 "	11 "

Die Forderungen fanden ihre Erledigung in 368 Fällen ohne Streik, und zwar in 301 Fällen durch gegenseitige Vereinbarung infolge Unterhandlungen; in 59 Fällen wurden die Forderungen ganz oder teilweise bewilligt ohne Unterhandlungen und in 8 Fällen wurden die Forderungen zurückgezogen. In 120 Fällen kam es zur Arbeitsentstellung.

Von den Arbeitsentstellungen waren 90 Angriffsstreiks, 10 Aussperrungen, 13 Angriffsstreiks und Aussperrungen und 7 Aussperrungen und Angriffsstreiks. In 10 Fällen kam es zu partiellen Streik, weil einzelne Unternehmer die getroffenen Vereinbarungen nicht anerkannten.

Die Forderungen waren alle bis auf 18 mit 1458 Gesellen von Erfolg. Es wurde erreicht:

- a) am Verkürzung der Arbeitszeit in 133 Lohngebieten für 13 983 Kollegen 51 264 Stunden pro Woche.

Daran sind beteiligt:

253 Kollegen mit ½ Stunde pro Woche
201 " 1 "
388 " 1½ "
100 " 2 "
157 " 2½ "
8723 " 3 "
264 " 4 "
983 " 5 "
2859 " 6 "
55 " 12 "

b) eine Lohnherhöhung in 470 Lohngebieten für 51 856 Kollegen, und zwar:

in 6 Lohngebieten mit 660 Kollegen 1 ½ pro Std.
" 69 " 5820 " 2 "
" 15 " 1230 " 2½ "
" 90 " 8055 " 3 "

in 59 Lohngebieten mit 6004 Kollegen 4 ½ pro Std.
" 131 " 15260 " 5 "
" 29 " 3309 " 6 "
" 25 " 2031 " 7 "
" 3 " 239 " 7½ "
" 19 " 3061 " 8 "
" 8 " 4841 " 9 "
" 11 " 694 " 10 "
1. Lohngebiet " 462 " 11 "
" 1 " 50 " 12 "
" 1 " 115 " 13 "
" 1 " 20 " 14 "
" 1 " 15 " 15 "

Die durchschnittliche Erhöhung des Lohnes beträgt 5 ½ pro Stunde. Erfolge in anderen Punkten wurden in 212 Fällen erzielt, und in 338 Fällen kam es zum Abschluß eines Tarifvertrages.

## Berlin.

Die ungemein rührige Agitation des Verbandes der Baugeschäfte zwecks Anwerbung von Streikbrechern hat auch in der verflossenen Woche wenig Erfolg gehabt. Die am 10. Juli veranstaltete Bautenkonferenz hat gezeigt, daß es ettel. Kunst ist, wenn die Unternehmer in der bürgerlichen Presse verhindern lassen, daß die Situation für sie günstig sei. Wenn sie bekannt machen lassen, daß nur 84 Mitglieder vom Verband der Baugeschäfte abgesetzt sind, so rechnen sie mit alten Zahlen. 84 Firmen vom Verband haben unterschieden, darunter einige der größten. Gerade in der Zeit vom 26. Juni bis 10. Juli, als der Verband davon spricht, die Hauptstädte gegen die Organisation der Arbeiter zu führen, haben 62 Firmen, Mitglieder des Verbands, ihren Frieden mit den Arbeitern gemacht. Das zeigt, welches Misstrauen sie der Taktik ihrer Verbandsleitung entgegenbrachten. Von den bisher abgeschlossenen Tarifverträgen sind 829 mit Maurern und Bauarbeitern und 663 mit Zimmerern abgeschlossen, das ergibt zusammen 1494. Von den genannten 84 Firmen, denen der Verband beschäftigt 14 nur Zimmerer.

Die Zahl der Arbeitswilligen hat wie folgt zugenommen:

Es arbeiteten	am 26. Juni	am 10. Juli	Zunahme
Affordmauerer	1227	1661	404
Wilde	1120	1358	238
	2347	2989	+ 642

Den Unternehmerverband fehlen noch 10 000 bis 11 000 Maurer! 488 Bauten liegen still und 814 sind nur teilweise (mit 1858 Maurern) besetzt. 90 Bauten befinden sich unter Zwangsblockstreikung! War bis zum 1. Juli noch ein einiges Band durch die gleiche Notlage für die Unternehmer vorhanden, so ist durch die aufgehobene Aussperrung große Einigkeit, Reid und Misstrauß herbegerufen worden und die allgemeine Enttäuschung wird größer, je weniger es gelingt die Ansprüche der einzelnen Mitglieder nach Arbeitskräften zu befriedigen. Die Hoffnung auf die Affordmauerer ist vergeblich, diese können die Situation nicht wesentlich ändern. Man muß immer wieder daran erinnern, daß vor Beginn des Kampfes etwa 17 000 Maurer und 6700 Zimmerer in Berlin tätig waren. Von den Zimmerern arbeiten zur Zeit zu den neuen Bedingungen 3583, das sind 53,5 % p.M. der vorher hier Beschäftigten.

Von den Maurern arbeiten 5401, davon haben die aktif-einhaltende Arbeitszeit 4789 organisierte, während 662 auf Bauten, wo im Afford gearbeitet wird oder wo der volle Tarif nicht anerkannt ist, beschäftigt sind.

Die Feststellungen der Organisationen am 7. Juli haben folgendes Resultat ergeben:

Bauteile	Maurer vom Centralverband	3960
von der Freien Vereinigung	984	5222
christlichen Organisation	278	
Zimmerer vom Centralverband	2170	3583
von der Freien Vereinigung	1413	
Bauarbeiter vom Centralverband	5487	
von der Freien Vereinigung	192	5794
christlichen Organisation	115	
	Insgesamt...	14599

Die Zahl der Streifenden war:

Maurer vom Centralverband	3181
von der Freien Vereinigung	958
christlichen Organisation	78
Zimmerer vom Centralverband	807
von der Freien Vereinigung	508
Bauarbeiter vom Centralverband	3241
von der Freien Vereinigung	358
christlichen Organisation	65
	Insgesamt... 9176

Der in unserem Verband am 13. Juli erstattete Tagessrapport ergab:

Übereinst.	In Arbeit getreten	Streikbrecher	Unber. mitte untergebracht	Im Streik befindlich	Verh. befreit	Bedig
2164	4403	208	882	2698	2410	288

Von den im Verband organisierten 2800 Büchern befinden sich noch 249 im Streik und von den 2750 Kollegen der Gips- und Zementbranche waren am Ende der Woche 510 in Mittelfeldschaft gezwungen. Bis zum Wochenende haben weitere 15 Firmen den Vertrag anerkannt, worunter sich zwei Mitglieder des Arbeitgeberverbandes befinden. Zur Information über den Stand der Bauten lassen wir die Ergebnisse der drei hauptsächlichsten Kontrollen hier folgen.

## Baukontrolle.

Datum der Kontrolle	Indgefahm.		Der Tarif ist anerkannt		Der Tarif ist nicht anerkannt		Die Arbeit wird im Allförd ausgeführt		Von den unter Spalte 6 bis 9 Genannten wird 8½ Stunden gearbeitet		Zahl der eingetragenen Gästen	Zahl der obgeduldeten Zuschüttungen	Zahl der obgeduldeten Zuschüttungen
	Bauten	Mauern	auf Bauten	mit Mauern	auf Bauten	mit Mauern	auf Bauten	mit Mauern	auf Bauten	von Mauern			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
12. Juni . . .	1865	6015	765	3064	823	1064	88	887	—	—	689	600	18
26. Juni . . .	2017	6411	969	4064	859	1120	124	1227	83	864	505	746	32
10. Juli . . .	2024	7728	1109	4789	814	1585	163	1631	48	662	438	829	84

Die folgende Zusammenstellung lässt erscheinen, wieviel Bauteile im Betrieb kommen und wie weit sie fertiggestellt sind.

Datum	Insgesamt		Stadion der Bauten												
			Stil	Stil	1. Etage	2. Etage	3. Etage	4. Etage	Gesamt	ausgetragen	Im Aus	Stadion	Umfass.	Sicherterte	
	Bauten	Mauern													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
12. Juni	1865	5015	143	81	60	53	36	34	75	192	184	651	147	205	
26. Juni	2017	6411	163	87	48	67	36	43	101	200	212	702	129	221	
10. Juli	2024	7728	152	109	57	64	51	33	82	160	175	799	150	192	
Bauten, auf denen der Tarif anerkannt ist.															
12. Juni	765	3064	38	21	16	12	12	11	28	52	130	291	47	117	
26. Juni	969	4064	49	32	10	24	12	18	44	66	162	374	58	120	
10. Juli	1109	4739	47	45	24	21	23	18	30	60	122	620	80	124	
Bauten, auf denen der Tarif nicht anerkannt ist.															
12. Juni	823	1064	19	17	5	4	8	5	7	24	24	131	33	51	
26. Juni	859	1120	20	16	6	4	4	8	10	16	24	151	32	68	
10. Juli	914	1358	21	18	4	5	4	6	13	12	24	180	39	48	
Aufzubauenden Bauten.															
12. Juni	88	887	17	18	12	13	9	7	5	2	—	4	1	—	
26. Juni	124	1227	28	18	15	13	8	14	16	4	—	5	1	1	
10. Juli	163	1631	41	38	18	26	15	5	16	3	—	4	2	—	
Gefülligende Bauten.															
12. Juni	689	—	69	25	27	24	12	11	35	114	40	225	66	41	
26. Juni	539	—	66	21	12	26	12	16	31	124	26	172	37	32	
10. Juli	488	—	43	18	11	12	9	9	23	85	29	145	29	25	

**Gau Bremen.** Die Bewegung in Bremen habe ich durch die Zurückziehung der Forderung einstweilen erledigt worden. (Siehe unter Versammlungsberichten.) In Dahlenhorst fand am 10. Juli eine Verhandlung mit den Unternehmern statt, an der auch die Gauvorhersenden sowie vom Arbeitgeber Bezirksverband auch die Herren W. Lehmann und H. Strudmann aus Bremen teilnahmen. Eine Einigung scheiterte an der Belegerung der Unternehmer, auf die Arbeitszeitverkürzung einzugehen, eventuell sie im Vertrag für das nächste Jahr festzulegen. Der Kampf wird also in verstärkter Form weitergeführt werden. Er steht für die Arbeiter sehr günstig, da die Arbeit drängt und die Streitenden fast alle in Bremen untergebracht sind. Die Unternehmer werden also doch noch geneinander machen müssen.

In W i d e s h a u f e n dauert der Streit gleichfalls fort. Beider sind einige Kollegen aus unserem eigenen Kreis zu Streitbrechern geworden, wodurch der Streit aber keineswegs aussichtslos für unsere Kollegen geworden ist. Naiv, wie die Unternehmer nun einmal sind, sandten sie ein Schreiben an die Streitenden, doch, wer gewillt sei, auf den alten Bedingungen wieder in Arbeit zu treten, jeder geht dagegen können. Darauf müssen die Unternehmer nun allerdings noch einiges Zeit mortzen.

**Gau Köln.** Der Streit der Maurer und Bauhülfarbeiter in Nörsdorf ist nach einstiger Dauer beendet. Die Kollegen legten am 8. Juli die Arbeit nieder, bereits um die Mittagsstunde hatte man sich auf den Tarif des Bupperlares geeinigt, was ja auch gefordert war. Das hatte natürlich niemand erwartet; denn am Freitag vorher erklärten die Unternehmen „sich doch nicht ganz für die Arbeiter aufzuführen“, zu melden.

**Gau Dortmund.** In Ruhrort ist die Firma Gebr. Meier gegründet worden, weil sie fortgefeiert und systematisch die organisierten Männer macheleite. Die „Christlichen“ haben sich der Sperrre anschlossen.

**Gau Erfurt.** Obwohl der Streit in Erfurt nun schon zehn Wochen dauer, ist noch keine Aussicht auf Beendigung vorhanden. Die Ende Mai angebauten Verhandlungen sind, wie wir melden. Mit eingebetteten Verhandlungen sind, wie wir melden, resultlos verlaufen. Obwohl damals vereinbart war, die selben nicht wieder abzuhalten, hat es die Arbeitgeberkongress bis heute noch nicht für notwendig erachtet, auf den unsrerseits am 21. Juni gemachten Vermittlungsvorschlag zu antworten. Dieser besagte, daß die Arbeiter bereit seien, den Kampf zu beenden: 1. wenn sofort ein Lohn von 50 reip., resp. 40  $\delta$ , acht Wochen später ein solcher von 52 reip., 42  $\delta$ .

gesucht wird. In diesem Falle wollen die Arbeitnehmer die dritte Zahl auf die anderthalbjährige Mittagspause verziehen, 2. wenn für das zweite Beitragsjahr vom 1. April 1908 bis 1. April 1909 eine weitere Lohnverhöhung vorliegt und die dauernden 3½ gewährt und die anderthalbjährige Mittagspause für die Zeit vom 15. März bis 15. Oktober eingeführt wird. 3. wenn für das dritte Beitragsjahr vom 1. April 1909 bis 1. April 1910 eine weitere Lohnverhöhung gewährt wird. Auf dieser Vermittlungsbroschüre haben die Unternehmungen bis jetzt noch nicht geantwortet, und warum? Weil wir nicht auf die anderthalbjährige Mittagspause während der Sommermonate verzichten. Zu dieser Stellungnahme sind die Unternehmungen jedenfalls nur durch die letzten Erfolge ihrer Bemühungen um Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte veranlaßt worden. Sie führen jedoch nicht in der Lage sind, ihren Bedarf auch nur annähernd zu decken, geht auf den fortwährenden Anzeigen im Bistum und auswärtigen Begegnungen herbor, worin Bauerarbeiter, Maurer und Zimmer

Stand; sie sind bei der primitiven Entwicklung des Gewerbes sogar selbst von ihm abhängig. In manchen Ortschaften kann dieser Zustand die Abhängigkeit mit schartiger Deutlichkeit erkennen. Einzelne Unternehmer sprechen deshalb auch ganz offen aus, daß ihnen die Lohnvergabung sehr recht ist. Sie früher dieser Zustand befeitigt wird, deusto besser ist es für sie. So gut wie die Kollegen bei Regelung der Arbeitsverhältnisse einen Vorteil haben, gewinnen auch die Unternehmer dabei; denn die meisten Unternehmer arbeiten so gut wie die Kollegen von Morgens bis Abends; ferner erzielte Vorteile kommt auch ihnen zu gute.

Der Streit in Rüdesheim ist nach ungefähr zehnmonatiger Dauer so gut wie beendet. Die Kollegen sind alle zu neuen Bedingungen in Arbeit; es liegt darum kein Grund vor, den Streit in der jetzigen Form fortzuführen. Zwar haben die Unternehmer Wetz und Wallerstein in Rüdesheim und Schüler und Fetscher in Geisenheim bis heute nicht bewilligt, daß sie nur wenig Arbeit haben, jedoch hat in diesen Fällen eine Aufsicht dieselbe Bedeutung. Wird die Baupause energisch gehandhabt, so werden wir bald auch mit diesen fertig werden. Die neu gebildete Unternehmerorganisation wird eine recht harte Probe bestehen müssen, wenn sie ihre bisherigen Erfolgsleistungen gegen die Lohnbewegung fortsetzt. Mit den anderen Unternehmern sind 4 ½ Lohnherabsetzung vereinbart worden, nebst dem üblichen Aufschlagen für Überbrunnen und Nacht- und Sonntagsarbeit. Die Lohnabteilung ist wöchentlich; der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Mai 1908. Teilweise wird schon ein höherer Lohn gezahlt, es fällt deshalb durchaus nicht schwer, in wenigen Jahren, 50 ½ Lohn pro Stunde zu erreichen. Die Kollegen müssen sich aber auch auf die Organisation für den ganzen Rheingau besser auszubauen. Der Zweigverein Rüdesheim mußte mindestens 150 bis 200 Mitglieder zählen.

**Gau Görlik.** In Sagau ist der Streit am 11. Juli nach zehntägiger Dauer durch Verhandlungsbeschluss beendet worden. Nach bürgerlichen Zeitungsberichten sollte dieser Streit schon wiederholt beendet sein; diese falschen Berichte waren jedenfalls auf Veranlassung der Unternehmer in die Öffentlichkeit gebracht, um unsere abgereisten Kollegen zurückzuholen. Dies gelang natürlich nicht. Der Erfolg des Streits waren 2½ Lohnverhöhung pro Stunde. Die Unternehmer scheinen zu glauben, dass die Geßellen mit diesen 2½ außergewöhnlich entgegengekommen sind; denn in ihrem Generalversammlungsbeschluss, den sie der Lohnkommission mitteilten, stand doppelt unterstrichen, zu lesen: „Aber nur unter der Bedingung, dass die hier beschäftigten Geßellen bis spätestens nächsten Montag (ber 15. Juli) bei ihrem früheren Arbeitgeber wieder in Beschäftigung treten.“ Ob diese Kommandaten von den Geßellen Verständigung finden wird, ist jetzt zweifelhaft; denn die Kollegen, die während des Streits zu den neuen Bedingungen übergetreten, erhalten einen Stundenlohn von 40 bis 42  $\frac{1}{2}$ . Und da verlangen die Sagener Unternehmer logischerisch, dass diese Geßellen kommen sollen, um bei ihnen für 36½ Stundenlohn zu arbeiten. Das sieht dann doch über allem aus.

**Gau Hamburg.** Zu dem Streit der Maurer in Segeberg ist dort nun auch noch eine teilweise Aussperrung der Zimmerer, die Sonnabend, den 6. Juli, erfolgte, hinzugekommen. Die Zimmerer antworteten auf diesen Gewaltstreich der Unternehmer am Montag mit dem allgemeinen Streit. Die Arbeiten im Baugewerbe ruhen nun vollständig und zwar so lange, bis es den Unternehmern gefällt, sich den Wünschen der Gesellen geneigt zu zeigen.

Die Aussperrung in Cuxhaven ist beendet. Es ist ein Übereinkommen getroffen worden, von dessen Inhalt und jedoch bis jetzt noch nichts bekannt ist. Zugang von Verbandskollegen ist erwünscht.

In Flensburg haben auf Vermittlung des zweiten Bürgermeisters Verhandlungen stattgefunden, die aber gar kein Resultat brachten.

Wie schon berichtet, ist der Streik in Kellinghusen abgehoben worden. Durch die Aufsehung des Streiks ist aber keineswegs der Lohnkampf beendet, sondern es ist nur insofern eine Wendung eingetreten, als die Streikleitung aufgehoben wurde, weil ihr Vorhandensein nicht mehr als notwendig erschien. Auch der bei dem Streik gefasste Beschluss während des Streiks keine Arbeiten ohne Genehmigung selbstständig auszuführen, ist hinfällig geworden. Nach Bekanntwerden der Aufsehung des Streiks herrschte bei den Innungsmeistern große Freude, denn sie dachten, daß die Streikenden die Arbeit sofort wieder bei ihnen aufnehmen würden. Aber welche bittere Enttäuschung folgte auf diese allzu fröhliche Freude. Kein einziger meldete sich zur Aufnahme der Arbeit. Es ist dies auch leicht erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Streikenden alles möglichst getan haben, um den Kampf zu beenden. Dies Ergeignounnen ist aber von den Innungsmeistern strikte und ohne süßholige Begründung abgelehnt worden. Nachdem also die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden ist, senden die Innungsmeister ihre Drohbriefe wieder an die Unternehmer in der Umgegend, um die von ihrer Bedrohungslage zu entfliegen. Aber ihre Bemühungen blieben wie vorher, so auch jetzt ohne Erfolg. Die Tatsache, daß die Drohbriefe und die Anzeigen in den "Fleißer Nachrichten" neu, um arbeitswillige Bauhandwerker ohne Erfolg gebeten sind, mag wohl dazu geführt haben, daß sich der Hauseigentümer

no, mag wohl dazu gehörig haben, daß nur der Obermeister einschließlich an den Vorsitzenden des Centralverbandes der Zimmerer Deutschlands gewandt hat zwecks Herbeiführung von Verhandlungen. Eine Verhandlung der Zimmemeister mit der Zimmerkommission der Binnner hat denn auch auf Dienstag vorherige Woche stattgefunden. Aber auch sie ist resultlos verlaufen, indem die Zimmemeister keinerlei Zugeständnisse machen. In dieser Verhandlung konnte der Obermeister nicht umhin, seine uns schon bekannten Angriffe gegen die Berichterstattung in unserer Presse zu erneuern. Wie schon angeführt sind nur die Binnner an der Verhandlung beteiligt gewesen, obwohl seitens der Zimmerei und der Maurermeister auseinander waren. Eine hierauf am Donnerstag stattgefundene Verhandlung der Binnner hat denn auch hinsichtlich des härtesten Standpunktes der Zimmemeister einstimmig beschlossen, die Arbeit nicht aufzunehmen. Bei aus vorliegendem ersichtlich wird der Kriegskampf in absehbarer Zeit nicht beendet sein. Wir werden die uns aufgewogene Fortführung des Kampfes sicherstellen, wenn wir noch mehrere Tage an Dauerstreik verhängen.

**Gau Hannover.** In Schötmar, einer Bahnhofstelle des Zweigvereins Salzungen, haben die Kollegen den Unternehmern folgende Forderung gestellt: Zehnstündige Arbeitszeit und denselben Tagelohn wie bei elfstündiger Arbeitszeit. Der Stundenlohn erhöht sich demnach um 4 bis 5  $\delta$ , so daß dieser jetzt 37 bis 39  $\delta$  beträgt. Diese Forderung ist von folgenden Firmen bewilligt worden: Wilh. Hoffmeier, Friz Grete, Friz Wind, Wissmann & Kumpenmeier, sämtlich in Schötmar. Ferner haben bewilligt: Maurermeister Dingerken, Knetterbeide, Stielmann & Beermann, Knetterbeide, Stielstiel & Kinnemann, Ehren, Legeler, Ahrens. Nicht bewilligt haben die Firmen Steinmann und Bräuer in Schötmar, welche erklärten, sie ginge die Sache nichts an. Es ist deshalb über diese Geschäfte die Sperrre verhängt worden, und deshalb ist es Pflicht der Kollegen, diese Geschäfte bis auf weiteres zu meiden.

In Celle streiten die Unternehmer unverändert weiter. Sie geben sich als erdenkliche Mühe, Erfas für die Ausgelehrten heranzuschaffen. Wenn es ihnen gelungen war, einige Abgel. in ihre Garne zu fangen, so sind sie ihnen mit der größten Prominenz auch wieder abgenommen und der Freizeit übergeben worden. So kommt es, daß noch ganze acht Holländer am Orte sind. Diese sind unteren Kollegen das Rückfahrgeld nicht weit, darum lassen sie sie den Unternehmern. In Frankfurt, resp. in den dortigen Umgebungen ist man auf der Suche nach Streitbrechern, bisher aber umsonst! Nach Mitteilungen von Duisburg sollten dort 20 Holländer, für uns als Erfas angeworben sein. In den guten Arbeitsräumen unserer freiließenden Unternehmer, fremde Arbeitskräfte heranzuschaffen, hat es nicht gefehlt. Hierfür muß schon ein ziemlicher Baben Geld ausgegeben sein. Seit einigen Tagen tragen sie nun die Unternehmer mit der Abgabe, die Sterren aufzuhoben, und glauben, daß dann die Celler Maurer, in hohen Scharen zu den Fleischköpfen der Unternehmer zurückkehren. Ramentlich hat man es auf die Frauen abgesehen. Man glaubt, daß diese dann ihre Männer veranlassen werden, nach Hause zu kommen. Es wird gebeten, auf diesen Unternehmertyp nicht hinzusehen. Wenn der Kampf vorbei ist, und dafür ist noch keine Aussicht vorhanden, so werden die auswärts arbeitenden Kollegen schon in geeigneter Weise Mitteilung bekommen.

In Herford nichts Neues! Damit wäre eigentlich alles gesagt. In der Nr. 28 der "Baugewerkschaft" sucht der heimliche Varlet die Handlungswise seiner Brüder in Herford zu entkräften. Hierdurch ließt er abermals den Verdacht, daß er genau derselben Schandtaten fähig ist. Aber auf die vielen Unrichtigkeiten einzugehen, nein, dazu ist Varlet doch zu unbedeutender Klaffer!

**Gau Leipzig.** Über den Streit in Chemnitz ist nichts Neues zu berichten. Als Streitbrecher arbeiten in der vorigen Woche 85 Poliere und 439 Gesellen; zu den neuen Bedingungen 508 Gesellen. Im Streit standen noch 43. Den Unternehmern, die bisher noch nicht bewilligten, fehlen immer noch 400 bis 500 Maurer an der Zahl, die vor dem Streit von ihnen beschäftigt wurde.

In Halle haben Verhandlungen stattgefunden. Die Unternehmer forderten für jetzt 50  $\delta$ , für die Zeit vom 1. Dezember 1907 bis 31. März 1908 55  $\delta$ , für das folgende Jahr, bis 31. März 1909 55  $\delta$  und dann bis zum 31. März 1910 55  $\delta$ . Über die weiteren Ereignisse sind wir nicht unterrichtet.

**Gau München.** Der Streit unserer Kollegen und der Baufußarbeiter in Kaufbeuren endete nach fünfjähriger Dauer mit gutem Erfolge. Der Mindestlohn für Maurer, der bisher 33  $\delta$  pro Stunde betrug, beträgt bis 1. März 1908 41  $\delta$ , von da an bis 1. März 1909 46  $\delta$  und bis zum Ablauf des Vertrages am 1. März 1910 48  $\delta$  pro Stunde. Für Feuerungs- und Wasserarbeiten ist ein Zuschlag von 10  $\delta$  zu bezahlen. Der Zusatzlohn für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sowie für auswärtige Arbeiten wurde bereits im vorjährigen Tarife geregelt. Die Unternehmer hätten diesen Kampf vermeiden können, wenn sie uns diese Zugeständnisse vor dem Streit gemacht hätten. Die Herren mögen sich nun bei den Oberschärmätern in Augsburg, die am 24. Juni, drei Tage später, nach Kaufbeuren reisten, um am Kriegsrat teilzunehmen und den Abschluß eines Vertrages zu hinterstreichen, bestens bedanken. Dieser Plan ist vorbereitet.

In Traunstein kam es vergangene Woche im Bauwesen Mitterer zu Differenzen, da für diejenigen Herrn die Vorchriften über den Bauarbeiterdienst nicht existierten. Das wiederholtes Vorstellenwerden nichts frustrierte, legten sämtliche 38 Kollegen die Arbeit nieder. Nach anderthalbjähriger Dauer der Sperrre bequemte sich Mitterer dagegen die Wistände abzuflachen und Besserung zu versprechen. Am Montag wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

**Gau Stuttgart.** Maurermeister Hermann Bentwitz in Königswörth, i. d. N.-R., eine etwas bessere Ausgabe des Brüder, führt in Stettin (Wohnbezirk Bawo) einen Neubau aus. Er zahlt 35 bis 37  $\delta$  pro Stunde. Am 8. Juli stellten 12 Kollegen die Arbeit ein und nun konnte er mit einem Male den tarifmäßigen Lohn von 40  $\delta$  zahlen.

Der Streit in Gammn legt sich auf gegenwärtiges Ablauen an. Die Kollegen der Umgegend geben sich zwar nicht als Streitbrecher her, gehen aber auch nicht vor.

In Saar a. d. ist es den Unternehmern gelungen, eine Menge Arbeit zurückzufeuern. Die dringendsten können mit Vorlieben und einige Streitbrecher erledigt werden; also auch hier ein gegenwärtiges Ablauen.

Im Bezirk Greifenhagen zählen die Unternehmer Riedel, Koch und Friedrich Ulrich den geforderten Lohn von 45  $\delta$ . Die bei Neumann und Beermann Beschäftigten würden auch gerne 45  $\delta$  nehmen, wenn ihnen diese so obige Mindestmaßen gegeben würden. Einige Kollegen wollen wohl vorwärts, sind jedoch durch die Salden von Sydonia gehindert.

In Greifswald bestehen nicht nur unter Zimmern und Bauarbeitern Differenzen, auch bei uns wird in recht geschickter Weise Ausgleich gefunden. Maßregelungen verhindern man. freilich. Arbeitsmangel gilt als Grund, obwohl von auswärts hereinführenden ohne weiteres eingestellt werden. Das Verhalten einiger Zugereister war unter allen bestellt.

In Neubrandenburg haben die Unternehmer ie Aussperrung auf und unsere Kollegen zogen ihre For-

derung zurück. Der Kampf ist damit nach zehnjähriger Dauer beendet. Kriegskosten M 2400. Fest werden im Durchschnitt 42  $\delta$  gezahlt, was 3  $\delta$  Lohnherabsetzung bedeutet.

In Bodecam kam es beim Unternehmer Schenckmann wegen einer halben Stunde Wartezeit wegen Materialmangels zur Arbeitsentstellung. Die sechs Kollegen feierten 3½ Tage und nahmen die Arbeit auf, nachdem der Unternehmer sich zur Zahlung eines halben Tagelohnes bereit erklärt hatte. Bei etwas mehr Ruhe wären die Kollegen billiger an ihrem Recht gekommen.

Ebenso ist es mit der Arbeitsentstellung bei Schenckmann, Stettin, Arbeitsstelle Hünentalwe. Hier waren Unternehmer und Gesellen auf einen zu vertrauten Fuß gelangt, und so kam es förmlich aus wichtiger Ursache zum Bruch. Der "Spiritus" spielt auch eine Rolle.

Dem Vorstand der Baugewerksinnung zu Brixen, Herrn G. Bentwitz, ist jedes Mittel recht, seinen werken Namen den Gutsbesitzern und Böhrden in empfehlender, den Arbeitern in anderer Weise in Erinnerung zu bringen.

Unseren Kollegen war es über geworden, den Namen 9 Monate lang pro Monat 25  $\delta$  für die Quartalslastfeier abzuzahlen. Klängsel-genug ist ja der Name "Gesellen-Unterstützung und Sterbehilfe". Doch es zieht nicht mehr.

Unterm 1. Juli teilt unser Verein der Innung mit, daß die im Verband organisierten Maurer sich an ihren eigenen Unterstützungsseinrichtungen genügen lassen, und daß sie für die Folge den Beitrag von 25  $\delta$  pro Monat nicht leisten wollen. Hugs lanciert Bentwitz eine Notiz unter dem Titel: "Ein Brief im Brixener Baugewerbe" in das "Brixener Kreisblatt", Nr. 158. Nachdem unter Schreibern veröffentlicht ist, gibt es folgende Klarstellung:

„Vom Vorstand der hiesigen Baugewerks-Innung geht uns folgendes Schreiben zur Veröffentlichung zu:

„An die Baugewerks-Innung Brixen und Umgegend  
3. S. des Vorstandes  
Herrn G. Bentwitz, Brixen.

Die im Zentralverband der Maurer Deutschlands tätigen Maurer schenken es mit dem heutigen Tage ab, pro Monat 25  $\delta$  Innungsgeld zu bezahlen und bitten wir unsere Mitglieder für die Folge von der Zahlung dieses Beitrages zu entbinden.

Als Grund geben wir an, daß wir wohl eine genügende Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge als Notwendigkeit ansiehen, doch werden unseres Erachtens die heraus entstehenden Kosten hinreichend aus den Einn. und Auschreibegeldern gedekt, die damit verbundene Heiterkeiten mögen die Teilnehmer selbst bezahlen.

Eine Sterbe-Unterstützungskasse ist mit unserem Verband verbunden und sind die Leistungen unserer Zugangskasse höher, als in der Innungskasse. Auch aus diesem Grunde macht sich eine weitere Beitragsteilung unfeierlich.

Eine Antwort wird ertheilen bis zum 5. Juli 1907, an unseren Vorsitzenden Emil Lehner, Alt-Dammeritz, 1. Brixen, den 1. Juli 1907.

Hochachtung. F. A. Emil Lehner.

Hierzu sieht sich der Innungsvorstand veranlaßt, folgende Klarstellung zu geben: Das von der Königlichen Regierung unter dem 5. Juli 1888 bzw. 1890 genehmigte Nebensteinat der Innungslasten enthält die Bestimmungen für die Gesellen-Unterstützungs- und Sterbekasse, die Gesellen wie Meister unserer Innung feste Verpflichtungen auferlegt. Demnach hat jeder bei einem Innungsmittel, in Arbeit stehende Geselle statutärmäßig während neun Monate im Jahre, vom 1. April bis 1. Dezember, monatlich den Betrag von 25  $\delta$  zu zahlen. Die Innungsmittel dagegen haben pro Kopf und Monat während derselben Zeit für jeden Gesellen 5  $\delta$  an die statutärmäßig Arbeitszeit bleibt bestehen. Alles in allem können die Kollegen auf einem sohnen Erfolg zurückblicken. Während bisher die Unternehmer den Lohn nach ihrem Gutdünken festsetzen konnten, ist er nun fest geregelt, vorausgesetzt, daß die Kollegen auf strikte Durchführung des Vertrages dringen. Einigen Kollegen war es leider nicht möglich, bis zur Entschließung auszuwandern, sie mußten ihren Kollegen in den Süden fallen. Ebenso auch eine Kolonne italienischer Altordnauer. Viel Vorteil werden sie von ihrer unfördlerischen Handlungswise kaum haben. Die Billinger Kollegen können das Errungene am besten dadurch festhalten, daß sie treue Mitglieder der Organisation bleiben und sich nicht von solchen Nachzöglingen beeinflussen lassen, die nur ersten wollen, was andere gesetzt haben. Zeit gilt es, die uns noch gegebene Zeit zum weiteren Aufbau der Organisation zu benutzen, die Kollegen zu klassebewußten Kämpfern für unsere Sache heranzubilden. Wir rufen deshalb unseren Kollegen zu, hinein in die Versammlungen und weiter agitieren! In Billingen arbeitet auch noch eine große Anzahl Griper, die es aber noch nicht für nötig fanden, sich der Organisation anzuschließen. Offiziell lernen sie aus diesen Vorgängen, daß der Arbeiter nur durch die Organisation die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern kann.

stand der Bau-, Maurer-, Zimmerer- und Brunnen-Bau-meister-Innung zu Brixen.

Da bestätigt die Innung, was wir immer behauptet haben. zunächst ist die Unterstützung für Altersschwäche auf Antrag unserer Mitglieder eingeführt. Wir wollten mitarbeiten, mithalten, und wählen Altersfeste. Die Meister machen sich ein Bestätigungsrecht an, und so unterliegt unsere Mitarbeiter. Der Beitrag von 25  $\delta$  wird nun jedem Gefellen abgezogen, als ob Zwangsversicherung besteht. Die Kasse hat pro Gefellen 9  $\times$  25  $\delta$  = M 2,25. Meisteraufschuß 9  $\times$  5  $\delta$  = M 4,5. Summa M 2,70. Bei etwa 150 beschäftigten Maurern sind es M 405. Hinzu kommt der angegebene Anteil an den Ausländerbeiträgen, die den Eltern der Lehrlinge, meist Tagelöhner, abgezehrt werden, insgesamt also M 550-600. Und hiervon sind nachweislich in den letzten 10 Jahren allein für das Maurergewerbe pro Jahr M 300-400 für Quartalsfeiern ausgegeben — siehe Klarstellung hinter 3. Klug genug ist die Innung, daß sie nicht angst, wieviel Sterbegeld und wieviel Altersunterstützung gezahlt ist. Wir empfehlen der Innung, einmal die Abrechnungen der letzten 10 Jahre in allen Einzelheiten vorzulegen, für die weitere Verbesserung sorgt der "Grundstein" losgelöst.

Da aber eine behördliche Genehmigung vorliegt, empfehlen wir der Aufsichtsbehörde: 1. den Charakter der Zwangsversicherung für diese Kasse aufzubewahren; 2. sich die Kassenführung der Gesellen-Unterstützungs- und Sterbekasse genauer anzusehen und festzustellen, ob nach den Ausgaben für Vergnügungen die nötigen Reserven geblieben sind; 3. öffentlich in irgend einer Zeitung die Abrechnungen publizieren zu lassen erst nach genauer Rechnungslegung, die nach der Klarstellung der Innung unbedingt nötig erscheint. Gibt die Innung doch selber an, daß die Gefellen über Wesen und Geldverhältnisse der Kasse keine richtige Vorstellung haben. Erst nach der Rechnungslegung werden die Gefellen entscheiden, ob sie mit ihren Beiträgen das Bestehe aller Wohlfahrtsseinrichtungen für die Zukunft ermöglichen wollen.

Seit 1906 ist in Trepow a. d. Rega der Befundtag eingeführt. Hieran können sich auswärtige Unternehmer und leider auch Kollegen nicht gewöhnen. Es bedarf des ausangestrebten Nachdrudes der Trepowers und zugewandten.

**Gau Stuttgart.** Der Streit in Billingen hat nach neun Tagen seinen Abschluß gefunden. In der am 10. Juli stattfindenden Unterhandlung mit den Unternehmern kam ein Vertrag folgenden Inhalts zu Stande. Der Lohn beträgt vom 1. August 1907 bis zum 30. April 1908 46 bis 47  $\delta$ ; vom 1. Mai bis 30. April 1909 48  $\delta$ ; bis 49  $\delta$  (gefordert wurden 48 bis 50  $\delta$ ). Die Lieferstunden werden mit 25 pgl. Nacht- und Werkarbeit mit 50 pgl. Sonntagsarbeit mit 100 pgl. Zuschlag bezahlt. Die Kündigung beizubehalten oder ganz wegfallen zu lassen, bleibt der freien Vereinbarung überlassen. Die Lohnzahlung erfolgt alle 14 Tage Samstag Abends. Die zehnjährige Arbeitszeit bleibt bestehen. Alles in allem können die Kollegen auf einem sohnen Erfolg zurückblicken. Während bisher die Unternehmer den Lohn nach ihrem Gutdünken festsetzen konnten, ist er nun fest geregelt, vorausgesetzt, daß die Kollegen auf strikte Durchführung des Vertrages dringen. Einigen Kollegen war es leider nicht möglich, bis zur Entschließung auszuwandern, sie mußten ihren Kollegen in den Süden fallen. Ebenso auch eine Kolonne italienischer Altordnauer. Viel Vorteil werden sie von ihrer unfördlerischen Handlungswise kaum haben. Die Billinger Kollegen können das Errungene am besten dadurch festhalten, daß sie treue Mitglieder der Organisation bleiben und sich nicht von solchen Nachzöglingen beeinflussen lassen, die nur ersten wollen, was andere gesetzt haben. Zeit gilt es, die uns noch gegebene Zeit zum weiteren Aufbau der Organisation zu benutzen, die Kollegen zu klassebewußten Kämpfern für unsere Sache heranzubilden. Wir rufen deshalb unseren Kollegen zu, hinein in die Versammlungen und weiter agitieren! In Billingen arbeitet auch noch eine große Anzahl Griper, die es aber noch nicht für nötig fanden, sich der Organisation anzuschließen. Offiziell lernen sie aus diesen Vorgängen, daß der Arbeiter nur durch die Organisation die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern kann.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

**Extrabeitrag.** Eine Konferenz des Verbandsvorstandes mit dem Verbandsausschuß und den Gauvorsitzenden hat, gestützt auf § 19 des Statuts, beschlossen, die Mitglieder des Verbands einen Extrabeitrag auszuschreiben.

Die hierfür festgelegten Normen sind folgende:

- Der Beitrag beträgt:
 

für die 1. und 2. Beitragsklasse .....	M 8
3.     4.     "	4
5.     6.     "	5
7.     8.     9.     "	6

und ist zu zahlen in zehn Monatsraten während der Zeit vom 27. Juli bis 30. September 1907.

Die Einziehung des Beitrages ist in Verbindung mit der Entlastung des ordentlichen Verbandsbeitrages vorzunehmen. Wöchentlich sind zu zahlen:

in der 1. und 2. Beitragsklasse .....	30
3.     4.     "	40
5.     6.     "	50
7.     8.     9.     "	60

- Von der Zahlung des Extrabeitrages bereit sind die unter den § 26 des Statuts fallenden Mitglieder. Außerdem sind frei solche Mitglieder:

- die an Streit- und Aussperrungsorten in Arbeit stehen und verpflichtet sind, besondere Streitbeiträge zu leisten;
- die infolge Arbeitsmangels, Krankheit oder Streik arbeitslos sind, wenn die Arbeitslosigkeit in einer Woche



356

Als verloren geweiht sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Dr. Dr. Höger-Zentgraf (Prof. Dr. 174 405), Gustav Schäfer-Wedel (122 486), Karl Weiß-Nordenham (474 055), Herm. Polinow-Berlin (61 515), Karl Mai-Augsburg (323 729), Michael Tödels-Fürth (405 655), Paul Schmidt-Gehrl (235 410), Hermann Brüder-Bitterfeld (367 906), Johann Schrele-Bromberg (124 496), Joh. Meissnitz-Mieg (347 581), Stevan Schmeidler-München (380 144), August Bagatz-Hohenburg (163 418), Paul Heßler-Leipzig (37 549), Peter Schäller-Trier (188 770), Nicol. Bildungs-Trier (270 015), Paul Genn-Gießen-Büro (366 852), Frdr. Wendt-Meuter-Frankfurt a. M. (572 803), Prof. Stade-Düsseldorf (392 956), Fortuna Benvenuto-Viersheim (474 453), Gust. Gauder-Berlin (9407), Herm. Baue-Stüvelbein (167 514), Gott. Kremerba-Saum (B. 389 627), Karl Will-Berlin (197 839), Michael Gersten-Döbeln (177 889), Jean Bachmann-Reinick (37 006), Herm. Schenck-Göttingen (371 097).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Mayna: Richard Günther (Verh.-Nr. 303 230); Mölln: Karl Ruthmöller (87 524); Fritz Heitmann (87 528); Johann Höglund (87 530); Heinrich Seehal (87 531); Georg Eberg I (87 537); Johann Niemann (283 801); Hans Heitmann (283 809); Carl Falck; Friedrich Wolts (29 492).

(253 808); G a l e f e l b : F r i e d r i c h M o l t e (32 987).  
N.B. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rücksichtiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Berichtigung. In Nr. 28 des „Grundstein“ sind unter Chemnitz die Kollegen Johann Hamperl (Verb.-Nr. 391 765) und Albert Spieß (391 845) irrtümlich als ausgeschlossene bekannt gegeben, und der ausgeschlossene Kollege Kettner als lebendig bezeichnet worden.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Dorf im und der Mauer August Lötsch, geb. am 6. Oktober 1880 zu Wunsdorf (Verb.-Nr. 326 760). Lötsch ist abgereist, ohne die ihm zum Betrieb übergebenen Betriebsmarken zu bezahlen.

**Um Angabe ihrer Adresse** erucht der Zweigverein  
Barmer, die Kollegen Chr. Meijer (Verb.-Nr. 250 736), Joh.  
Walch (193 862), Joh. Eßlersberg (193 805), damit ihnen ihre  
Verbandsbücher zugeschickt werden können.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen. **Der Verbandsvorstand.**

## Quiffung.

Bei der unterzeichneten Expedition sind für Anzeigen und Einzelabonnements von den nachstehend verzeichneten Zweigvereinen folgende Beträge eingegangen:

deutesten möglichen Verträge eingegangen:

April: Schneebel a. G. - 30, Grünberg i. Sgl. 1,20, Lindenwalde 5,70, Salzgitter - 15, Schwiebus 1,20, Bahn - 45, Linden i. H. - 45, Düsseldorf 1,35, Brandenburg 1,20, Erkner - 85, Probstjäella - 45, Lauenburg a. d. E. - 70, Zehdenick 3,60, Driezen 4,80, Metz - 45, Lehnin 1,05, Lüneburg - 45, Gransee 2,70, Bleckeburg - 45, Wöhrleim 4,50, Düsseldorf 1,50, Straßburg 1,80, Magdeburg 6,45, Weisenfelis 2,55, Uelzen - 45, Gr. Neuendorf 5,95, Barby 1,15, Glogau - 20, Darburg - 45.

Mai: Magdeburg-Gr.-Dtt. M. 1,50, Hamburg 1,50, Caputh  
 1,15, Wittenberge -15, Neuenhagen 3, Elmshorn -90, Albrecht-  
 weiler -60, Gransee 2,40, Stendal 2,70, Guntersdorf 4,60,  
 König 1,20, Meersam -45, Glogau -20.  
 Juni: Glogau M. 2,70, Guben 2,10, Neumünster 1,50,  
 Döbeln 3, Guntersdorf -60, Braunschweig 3,80, Cöpenick 1,20,  
 Mühlberg -60, Walsrode 6,25, Hornau -45, Gronau 2,65  
 Elstorf -30. **Die Erneuerung des Grumbühler**

## Berichte.

Unter eisrer Kaiserin, Johanna Möster, hat am  
17. d. M. \* sein siebzligstes Lebensjahr vollendet, und  
in vier Wochen sind es 15 Jahre, daß er an einem  
der verantwortungsvollsten Posten im Centralverbande  
der Maurer Deutschlands steht. Unser Jubilar ist kein  
Freund von Ovationen, und freiwillig durch ihn hätten  
wir es gewiß nicht erfahren, daß er das biblische  
Alter erreicht hat. Aber selbst auf die Gefahr hin,  
daß er uns gehörig den Marsch bläst, können wir es uns  
nicht versagen, ihm an seinem heutigen Ehrentage  
freimütig Lob zu spenden für seine streng gewissen-  
hafte Tätigkeit als Verwalter des Verbands-  
vermögens und für seine — freilich manch-  
mal in galige Ironie gekleidete, aber dadurch  
nicht minder treuerherige Fürsorge für das Wohl-  
ergehen der Organisation. Hiermit verbinden wir den  
Wunsch, unser an Haar weißes, körperlich und geistig  
jedoch jugendlich-rüstiges Geburtstagkind möge noch  
manches Jahr in derselben Frische den Schatz des  
Verbandes hüten, und vermehren helfen, und unser  
Jubilar selbst möge nur Freude erleben an dem  
Wachsen und Gedehnen der Arbeiterbewegung im Kreise  
seiner Kollegen und im Kreise seiner Familie an  
Aldern und Kindeslintern.

**Unreine Abrechnung** vom ersten Quartal dieses Jahres verursacht einigen von Ihnen Verlegern recht unangenehme Zeitungsfabrikanten, brennende Hergleid, offenbar deswegen, daß dies viele schöne Gold ausgegeben wurde, nachdem daß sie davon profitierten. Man kann der Schmerz schon verbergen. Besonders hat es ihnen den Verdacht für den Cölner Verbandstag angeladen, der 28.6.67.17.

\* Aufsorge Sprech- oder Schreibfehlers ist auf dem letzten Verbandsstage mitgeteilt und damit auch in das Protokoll übernommen worden, daß der Geburstag des Kollegen Kötter am 17. Juni sei; Wirklichkeit ist er am 17. Juli.

erforderte. Das ist allerdings eine große Summe, die um so größer erscheint, je weniger man Abnung von der Sache hat; aber bei auch nur oberflächlicher Kenntnis gewinnt sie ein ganz anderes Aussehen. Man braucht nur folgendes Exempel nadzusehen, wobei wir wohl selbst an die Intelligenz der verschiedenartigen Schmiede keine allzu hohen Anforderungen stellen. Zu Cöln waren rund 300 Delegierte, Mitglieder des Zollkomitees usw. Von ihnen bezog jeder durchschnittlich für acht Tage Diäten, pro Tag  $M = M_{\text{d}}$ , an Festsagl. kann man — eben nur — durchschnittlich  $M = M_{\text{f}}$  rechnen, für Lebensentzädigung redene man für sechs Tage durchschnittlich  $M = M_{\text{b}}$ ; so kommt für jeden Delegierten eine Summe von  $M = 120$  heraus, was für die circa 300 Teilnehmer beträgt  $M = 36000$  ausmachen würde. Ein sehr einfaches Exempel zeigt es zeigt, daß der Verbandstag weniger gar nicht kosten könnte. Trotzdem aber heißt es in den "Leipziger Neuen Nachrichten", dem Blatt des allmählich recht bekannt gewordenen Rechts- und Linksschreibers

Unter den Verbandstag in Köln wurde die enorme hohe Summe von rund 36.657 ausgeschrieben. Damit haben sich ja die Verbandsdelegierten in Köln vorzüglich amüsiert können. Wenn ein großer Industrieverband für seine Generalversammlung 10.000 auswirft, dann pflegt die sozialdemokratische Presse allerlei hämische Bemerkungen darüber zu machen, wie die Arbeitgeber im Geld schwelgen und wie sie leben und genießen. Die Mauren aber haben bezüglich der Ausgaben alle Generalversammlungen der Arbeitgeber übertrumpft, und die "Genosßenpreise" schwiegen, doch verständig.

Ja, Bauer, das ist was anderes!

Und die Beutungsrechte drücken sich durch natürlich nach. „So brachte z. B. das „Wiesbadener Volksblatt“ unter der Rubrik „Telegramme und lokale Nachrichten“ eine ähnliche Notiz. Diese Leute sollten sich doch sagen, daß es in einer Organisation, wo alle Abrechnungen der Daseinsfürstlichkeit unterbreitet werden, nicht so leicht vorkommen kann, daß in leichtfertiger Weise mit dem Gelde gewirtschaftet wird, und sie sollten darum recht misstrauisch gegenüber solchen Nachrichten sein, die ja zweifellos alle aus der Werkstatt des Reichslügnerverbandes stammen — aber nichts davon. Sie drücken es ab, weil es die Arbeitersorganisation missbilligt, ob es wahr und auftretend ist, das summert sie nicht.

Aber ein Gutes hat diese Sündelei doch. Sie zeigt unseren Kollegen wieder, was sie auf Erneuerungen der bürgerlichen Preise zu geben haben, sie sehen, wie deren Spalten von Lügen und schwindsüchtigen Verdrehungen strohen. Das Sprichwort: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht“ spricht eine für die bürgerliche Presse recht unangenehme Wahrheit aus. Neden unserer Kollegen, der die Verleumdungen des Verbandses in den verschiedenen Blättern gelesen hat, erkennt nun deren wahre Wert; er wird sich in Zukunft bei anderen Gelegenheiten an diese Unaufdringlichkeit erinnern und beim Gejuschel der gegnerischen Zeitungen mit tiefem Misstrauen gegenüberstehen. Sie dienen die Trabanten des Reichstagsverbandes gegen ihren Willen, gerade mit ihren verlogenen Schmähdungen der politischen Aufführung, wogegen wir natürlich nichts einnehmen wollen.

**Berlin.** Die Sektion der Gips- und Bemennbran**de** beschäftigte sich Freitag den 28. Juni, in einer im Gewerkschaftshaus tagenden außerordentlichen Generalversammlung mit der Frage, ob der bestehende Tarifvertrag zwischen der Sektion und dem Berliner Betonverein gefündigt werden sollte oder nicht. Der Vertrag läuft auf ein Jahr weiter, wenn er nicht am 1. Juli dieses Jahres gefündigt wird. Der Vorsitzende, Kollege Haefle, führte aus, daß bereits eine Vertrauensmännerkonferenz zu der Angelegenheit Stellung genommen hat. In dieser Konferenz wurde nach reiflicher Diskussion beschlossen, den Kollegen zu empfehlen, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation im Baugewerbe von einer Kündigung des Vertrages abzuraten. Durch den Kampf im Berliner Baugewerbe ist bereits eine groÙe Anzahl von Kollegien der Gips- und Bemennbran**de** in Mitleidenschaft gezogen. Freitag, den 28. Juni, haben sich 666 Kollegen zur Kontrolle gemeldet. Je länger der Kampf dauert, desto größer wird die Zahl derjenigen Kollegen, die arbeitslos und in Mitleidenschaft gezogen werden. Da nun ein Ende des Kampfes im Baugewerbe noch nicht abzusehen ist, wird in Folgededau für uns die Konjunktur immer ungünstiger, so daß an eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen schwerlich gerechnet werden kann. Aus allen diesen Gründen heraus erscheint es nicht angebracht, den Tarifvertrag in diesem Jahre zu kündigen. In der Diskussion teilten alle Redner, bis auf einen Kollegen, der für die Kündigung des Vertrages eintrat, den Standpunkt des Vertrauensmannes anzunehmen. Nach erfolgter Abstimmung konstatierte der Vorsitzende, daß sich die Mehrheit für Nichtkündigung entschieden habe. Das Abstimmungsresultat wurde jedoch angezweifelt, worauf die Abstimmung wiederholt und eine Kommission mit der Zählung der Stimmen betraut wurde. Für die Kündigung des Vertrages wurden 204 Stimmen, dagegen 588 Stimmen gezaählt, demnach, da die Versammlung beschlossen, den Vertrag nicht zu kündigen. Bevorstehender Tarifkündigung protestierten auch gegen die Nichtigkeit dieses Resultats und verlangten nochmals eine Abstimmung per Stimmzettel. Der Vorsitzende widersprach dem. Die Mehrheit für Nichtkündigung des Vertrages sei so groß, daß sie auch dann noch bestehen bleibe, wenn bei der Zählung keine Fehler vorgekommen seien sollten. Die Ghiliciteit der Kollegen, die als Zählkommission fungierten, dürfe nicht angezweifelt werden.

**Bremervorstadt.** In den Versammlungen der Mauten und Zimmerei, die am 9. Juli im „Coloseum“ tagten, sollte Stellung genommen werden zu dem letzten Schreiben des Arbeitgeberverbandes. Nach reger Diskussion, an der sich auch die Verbandsangehörigen Schräder und Efting beteiligten, gelangte gegen nur wenige Stimmen (bei den Zimmermännern enthielt es ein großer Teil der Abstimmung), eine Resolution zur Annahme, in der zum Ausdruck kommt:

dah die Versammlung die zum 1. Juli an den Arbeitgeberverband gefestigte Forderungen wegen Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung zurückzieht. In der Debatte wurde besonders hervorgehoben, daß das Unternehmertum in diesem Jahre einen Kredit wegen der teuren Baugebäder und der großen Arbeitslosigkeit ganz gern geben würde; an Probositationen habe dasfelbe es auch nicht fehlen lassen. Wenn die hiesigen Unternehmer sich auf einen Beschuß des Arbeitgeberverbandes berufen, nur in den letzten drei Monaten des Jahres über Befordernungen zu verhandeln, so kann es sich wohl nur um einen Beschuß der Unternehmer am hiesigen Orte handeln; denn im ganzen Deutschen Reich existieren viele Verträge, für die am 1. Januar, 1. Februar, ja noch am 1. März die Kündigung erfolgen kann. Derartige Verträge durften dann gar nicht mehr abgeschlossen werden. Hinter dem Beschuß, nur in den letzten drei Monaten zu verhandeln, steht aber ein künstlicher Hintergedanke. Man glaubt, daß angefischt des Winter herrschenden Arbeitsmangels die Arbeiter sich mit Wrochen abfinden lassen. Der Arbeitgeberverband will so gnädig sein, den Arbeitern schriftlich bekannt zu geben, zu welchen Bugesständnissen er bereit ist, und diese sollen sich dann ebenfalls schriftlich dazu äußern. Die weiteren Aufführungen soll dann ausgeredet Herr Stöver, der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes geben. Von Unterhandlungen von Organisation zu Organisation ist nicht die Rede. Wenn es sein muß, werden die Mauerer und Zimmerer den Unternehmern durch die Macht ihrer Organisation einzublauen haben, daß zum Vertrags- und damit Friedensschluß immer zwei gehören. Es hieße doch sehr fehlgehen, wollten die Maurer und Zimmerer angefischt eines als für sie ungünstig erkannten Zeitpunktes in eine Lohnverhandlung eintreten; sie könnten deshalb auch, ohne sich Stropel zu machen, vorläufig auf ihre Forderungen verzichten. Die Arbeiter des Baugebäudes haben jedenfalls, durch ihren Beschuß ihre Friedensstille befunden; an den Unternehmern wird es liegen, ob sie später zu Verhandlungen und annehmbaren Bugesständnissen bereit finden werden, um so einen dauernden Frieden im Baugebäude, der beiden Teisen zum Segen gereichen würde, zu sichern.

Düsseldorf, Sonntag, den 7. Juli, tagte die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins. Aus dem Bericht, den der zweite Vorsitzende, Kollege König, gab, ist folgendes herzugezogen: Aufsicht der schlechten Bautätigkeit, die wir in diesem Sommer zu verzeichnen haben (es dürften mindestens 200 Mauerer weniger beschäftigt sein als 1906, und schon im verflossenen Jahre war die Arbeitsgelegenheit nicht sehr günstig), hat die Organisation weitere Fortschritte nicht genommen. Die geringe Bautätigkeit in der Stadt ist neben dem Geldmangel besonders auf eine neue Baubewilligung zurückzuführen, infolge deren es den Bodenbesitzulanten nicht mehr möglich ist, die Grundstücke so vorbehaltlich wie früher auszunützen. Die Wohnungsniemands sind in letzter Zeit abermals um 10 pfl. gestiegen. Da ein Überfluss an Wohnungen nicht vorhanden ist (es stehen gegenwärtig nur etwa 2,5 pfl. leer), kann die Zurückschaltung neuer Wohnungen nicht mehr lange andhalten. Einzelne Unternehmer, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, machen sich die Arbeitslosigkeit zu Nutze, indem sie sich weigern, den tariflich festgelegten Lohn zu zahlen. Es mussten sechs Unternehmer gesperrt werden; von diesen Sperrten endeten fünf mit vollem Erfolg. Die Sperrre über die Unternehmer Nonn und Heidkämper, die Arbeiten in Benrath ausführten und sich weigerten, das Fagelgebau bezahlt zu bekommen, ging nach schätziger Dauer verloren. Die Bauten wurden mit Verbänden des Unternehmers besetzt. Die Sperrre über das Düsseldorfer Röhren- und Blechwalzwerk (Fabrikmeister) Bierenfeld, wo eine Lohnkürzung von 9 %, von 48 % auf 37 %, gefordert wurde, musste nach schätziger Dauer ohne Erfolg beendet werden, doch wurde der Lohn durch die Bewegung um 5 % pro Stunde erhöht. Gesperrt wurde weiter die Hochbaugesellschaft wegen Maßregelung des Baudelegierten, die entstand, weil die Kollegen sich weigerten, Lebendfund zu machen. Als der Vertrauensmann mit den Delegierten bei dem Bauführer vorstellig wurde und die Biedereinstellung verlangte, verbot der Bauführer den Delegierten in schroffem Ton die Bauten; ob dieser Herausforderung legten die Kollegen, mit Ausnahme von drei Christen und zwei von uns, von denen einer bereits Christ geworden ist, die Arbeit nieder, ohne die Schlichtungskommission erst anzu rufen... Wenn auch die Kollegen in diesem Falle gegen den Vertrag handelten, so hat es doch den Bauführer, Blant ist sein Name, nichts gegeben; denn dieser glaubt, die Arbeiter als Slaven behandeln zu können. Die Schlichtungskommission beschloß denn auch, daß der Baudelegierte wieder eingestellt werden müsse. Die Firma Ehnann wurde gesperrt, weil sie den Baudelegierten (Diels, dristig) gemahnt haben sollte. Ein Bemen-tierer, Bigrössi, war mit seinen Weitzeiten im Rückstand; dieser ist von dem Delegierten gemahnt und schriftlich bedroht worden. Die Schlichtungskommission beschloß, den Fall an der Bauaufsicht zu unterziehen. Hiermit wurde der Vorsteher der Münsterländer und der Christliche Sozialbeamte Meister beauftragt; durch einen Mittlerhandlung trafen sich nicht. Meister erfuhr Mühlentamp, den Fall am anderen Tag zu unterführen, was dieser mit der Bemerkung, daß die Sache durch die Auflösung des Bigrössis erledigt sei, ablehnte, worauf die Arbeit eingestellt wurde. Die Schlichtungskommission befasste sich nochmals mit der Sache, wurde jedoch nicht eingriffen, sondern übertrug die Sache dem Obmann. Der Baudelegierte, der vorher stets bestritten, den Bigrössis beleidigt und bedroht zu haben, gab in Anwesenheit des Obmannes zu, daß er dies doch getan habe. In diesem Fall erscheint man recht drastisch, wojin es führt, wenn die Mitglieder von dem Vorstand zu Hauderken erzogen werden. Haute der Delegierte gleich die Weisheit gesagt, dann wäre der Organisation diese Blamage erspart geblieben. In Statt gelang es, den Lohn von 55 % auf 58 % zu erhöhen; vom 1. April 1908 wird der Lohn von Düsseldorf aus geregelt, so daß die neuembaufähige Arbeitszeit gefixiert ist. Um der Lohnabdrücke im Gemeinschaftsberufe entgegenzutreten (die Unternehmer lassen mit Vorliebe die Bemühtenbauten von Maurern machen und zahlen diesen auch nur 60 %

Stundenlohn), wurde beschlossen, daß jeder Kollege, der Betriebsarbeit macht, 82 ½ Stundenlohn zu verlangen hat; weigert sich der Unternehmer, den Lohn zu zahlen, so dürfen die Kollegen die Arbeit nicht machen; wer hiergegen versteht, kann ausgeschlossen werden. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des zweiten Quartals 1072. Für die Hauptstädte wurden M 1789,05 eingenommen und ausgegeben. Die Hauptstadt hatte eine Einnahme von M 8148,18, infolge M 4867,84 Rassenbestand; die Ausgabe betrug M 2300,03, Rassenbestand M 648,15. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Käffnerer Entlastung erteilt. Nach einem kurzen Referat des Kollegen Dung über die Aussperrung in Berlin und einer kurzen Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Generalversammlung hält den Kampf im Berliner Raum für unbedingt nötig, um die sehr notwendige Verbesserung der Arbeitszeit durchzuführen; sie erklärt, falls der Verbandsvorstand die Erhebung eines Extrabeitrages befürwortet, mit aller Macht dafür einzutreten, daß dieser Beitrag von allen Mitgliedern bezahlt wird.“

**Essen-Bottrop.** Trotz aller Mühe, die wir uns geben, ist es uns hier in Bottrop noch nicht gelungen, ein Lofat zu bekommen, wo wir unsere Angelegenheiten erledigen können. Deshalb veranstalteten unsere Kollegen für Sonntag, den 7. Juli, einen Ausschuß, an dem sich ungefähr 100 Kollegen beteiligten. Diese Ausschuß sind für uns sehr notwendig, damit wir unsere Verbandsangelegenheiten erledigen und über die Besetzung der Wirtschaften beratschlagen können. Wirtschaften gibt es hier ziemlich viel, und am meisten wird von den Unternehmern gegen den Tarif verstochen. Da wir hier eine sechstägige Kündigungsschrift haben, so wird sehr häufig gegen diesen Paragraphen verstoßen; denn manchen Unternehmern ist diese Kündigungsschrift ein Dorn im Auge. Nun da wir agitatorisch tätige Kollegen arbeiten, werden sie ohne Kündigung auf Straßenschilder gehorchen. Es vergeht sehr selten eine Woche, wo sich nicht das Gewerbeamt mit derartigen Sachen beschäftigen muß. So erging es auch dem Bezieherstatter am 22. April, beim Unternehmer Hößleramp. Dieser gute Herr hat wohl vergessen, daß im Tarif eine sechstägige Kündigungsschrift vermerkt ist; denn er entließ den Bezieherstatter sofort unter Angabe, daß er drei Steine im Bannest so hoch über der Schürze gemauert hätte. Vor dem Gewerbeamt ist Bottrop bezeugt sein. Geschäftsführer, der Entlassene hätte große Nöden in der Bude gehalten und wollte die Kollegen aufheben; dies wäre der Hauptentlassungsgrund. Das Gewerbeamt kam zu der Überzeugung, daß die Entlassung zu Unrecht erfolgt sei. Der gute Herr Unternehmer mußte also die für ihn schwierige Wahrnehmung machen, daß er verurteilt wurde. Er hatte nicht Unstot zusammen M 21,50 zu zahlen. Hoffentlich ist der gute Bezieherstatter nun eines Besseren belehrt. Kollegen von Bottrop, fürchtet Euch nicht vor den Unternehmern; sondern agiert läufig für anderen Verband, sucht neue Mitglieder anzuhören. Auf keinen Fall darf ein Bezieherstatter jeben; denn wir wissen, daß wir im nächsten Jahre einer Lohnbewegung entgegensehen. Tut jeder Kollege seine Pflicht, dann werden auch hier die Wirtschaften von den Bauten verschwinden.

**Kleibrücke-Dort.** Am 7. Juli tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Es wurde Klage über den Baugewerksmeister H. Hauschildt in Jork erhoben. Dieser Unternehmer fühlt sich nicht veranlaßt, eine ordnungsmäßige Baubude herzustellen, obgleich er die eingeladenen Positionen in dem Tarif mit seiner Namensunterschrift anerkannt hat. Querst mußten die Gesellen ihre Unterkunft in einer alten Scheune suchen, aber diese war nicht etwa für die Arbeiter zu einer Baubude eingerichtet, sondern für Heu und Stroh der Bauern; deshalb mußten wir dort bald wieder ausziehen. Nun wurden wir in dem Biehlfall untergebracht, wo während der Essenspause ein sehr angenehmer Geruch herrschte. Auch hier mußten wir bald wieder ausziehen, weil kein Raum mehr für uns in dem Stall war. Nun wurden wir in den Keller des Neubaus hineingeschubt; aber dieser hatte keiner Fenster noch Türen. Als nur dem Herrn Meister nahegelegt wurde, doch dafür zu sorgen, daß Fußböden gelegt und Fenster eingesetzt würden, wußt der Herr Baugewerksmeister sich in die Brust und erwiderte pikiig: „Das muß ich wissen, darüber lasse ich mir keine Vorschriften machen.“ Anwesiven war der Herr Meister zu dem übrigen Unternehmern im Orte gegangen und hatte diese gebeten, keinen von seinen Gesellen anzutunnen, er wolle diesen unzufriedenen Maurern Sonnabend freizabend geben. Auch prahlte der Herr Meister überall in den Wirtschaften herum, daß er keine hiesigen Gesellen brauche. Hierauf haben dann die Maurer einmütig die Arbeit niedergelegt und nicht erst den Sonnabend abgewartet. Sie sind auswärts bereits wieder in Arbeit getreten. Wir ersuchen alle Kollegen, die hier in Jork zugereist kommen, die Bauten bei H. Hauschildt zu meiden.

**Saarburg.** Am 27. Juni stand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Winnig einen Vortrag über „Die „christlichen“ Gewerkschaften“ hielt. Er schärfte die Hergänge bei der Entstehung dieser Organisationen, die Kreisräte und Abgeordneten, die dabei mitwirkten, erörterte ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung und verbreitete sich schließlich über die Tarife, die wir ihnen gegenüber zu befolgen hätten. Der Vortrag fand lebhaften Beifall; an der Diskussion beteiligte sich Kollege Weniger. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung kam es zur Sprache, daß der Kollege Maier schriftlich seiner Austritt erstatt hat. Der Unternehmer Langen war nicht erschienen, und ebenso hatte Büßmann während der ihm zugefügten Bedenkzeit von 14 Tagen nichts von sich hören lassen. Kollege Bisch wollte ihm noch einmal eine Frist abstimmen, das wurde aber abgelehnt, und Langen und Büßmann wurden darauf einstimmig ausgeschlossen. Die Kollegen Steffens und Weniger besprachen die Verhältnisse am Konsumvereinsbau, die vorläufig als geregelt zu betrachten sind. Vom Obmann der Baubauerschaftskommission, Kollegen Karl Albrecht, war ein Schreiben eingelaufen, worin die Mitglieder aufgefordert wurden, sämtliche Fälle, auch solche kleinerer Art, zu melden. Die Polizei soll in allen Fällen darauf aufmerksam gemacht werden, damit die Behörden schließlich selber zu der Einsicht kommen,

dass die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren notwendig ist. Mit der Aufforderung, demgemäß zu handeln, wurde die Versammlung geschlossen.

**Husum.** In der Dienstag, den 2. Juli, abgehaltenen Versammlung wurde ein Mitglied neu aufgenommen. Sodann erstattete der Vorsitzende den Bericht von der Kartellbildung. In der nächsten Zeit werden Petitionsbogen herumgehen zur Untersicht zwecks Errichtung eines Gewerbegerichts. Alle Kollegen würden aufgefordert, ihre Unterschrift zu geben. Außerdem wurde bekannt gegeben, daß der Magistrat das Gewerkschaftsrecht auf der Freiheit genehmigt habe. Es wird am 28. Juli stattfinden. Alle umliegenden Städte sollen eingeladen werden. Hierauf wurde vom Kollegen Stöhrmann die Abrechnung vom Stiftungsfest gegeben, die von der Versammlung genehmigt wurde. Unter Punkt 8 erfolgte Berichterstattung über den öffentlichen Arbeitsnachweis vom Monat Juni. Verlangt wurden 704 Arbeitskräfte; gemeldet hatten sich 287, eingestellt wurden 217. Daraus ist zu erkennen, daß hier eine überaus günstige Arbeitslosigkeit herrscht. Vom Vorstande des öffentlichen Arbeitsnachweises, dem unter anderem auch unser Vorsitzender, Kollege Hoffmann, angehört, ist Donnerstag, den 27. Juni, in einer Sitzung beschlossen worden, bei Streiks und Aussperrungen den Arbeitsnachweis ganz ruhen zu lassen. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, für die Baudelegierten Listen einzuführen, wonach genau kontrolliert werden soll, ob jeder Kollege dem politischen Verein angehört oder Leiter der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ ist usw. Der Käffnerer machte bekannt, daß die Kollegen Bais und Eggers sich wieder aus dem Vorstand hättten streichen lassen. Da dies jedoch nicht vorschriftsmäßig geschehen ist, so soll es ihnen bestimmt gegeben werden, daß sie sich bei der Abmeldung genug nach dem Statut zu richten hätten. Auf Antrag wurde dann beschlossen, daß der Geschäftsführer des Konsumvereins, Venoso Ed., in der nächsten Versammlung einen Vortrag über das Genossenschaftswesen halten soll. Sodann erfolgte Schluss der ziemlich gut besuchten Versammlung.

**Karlsruhe-Wörth.** Sonntag, 30. Juni, tagte im Gasthaus „Zum Lam“ dahier eine öffentliche Maurerversammlung mit der Tagesordnung: „Die Schafmacher im Baugewerbe“. Als Referent hierzu war Kollege Bernhard, Zweigvereinsvorsitzender in Pforzheim, erschienen. Er hätte es scheinen mögen, als waren die Kollegen vertrieben ob der flauen Bautätigkeit in Karlsruhe, doch es war eine gründliche Täuschung, denn auch der leiche Blak des Saales war besetzt, wohl ein sicherer Beweis dafür, daß noch feuchtes Blut für die Organisation in den Herzen der Kollegen fließt. Der Referent verstand es auch, die Herzen der Kollegen zu fesseln, was die allgemeine Ruhe während des 1½-stündigen Vortrages und der stürmische Beifall am Schluß des Vortrages bewies. In Karlsruhe, leicht verständlicher Weise führte Kollege Bernhard den Kollegen die Notwendigkeit der Organisation vor Augen, die zwar in ähnlicher Weise schon vor 20 Jahren, jedoch nie in der Form von Bünden bestanden. Medner unterzog sodann besagte Institution einer näheren Kritik; auch die Gewerbefreiheit wurde unter die Lupe genommen. Zum Schlusse wurden die Kollegen ermahnt, die Organisation so zu stärken und auszubauen, daß auch die lehrt und indifferente Maurer dem Zentralverbande zugeführt werde, damit er in jeder Beziehung den Stiftern und Streitbeschleicher den Unternehmern Trost bieten könne. Nach einem stürmischen Hoch auf das Blühen und Gedeihen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, wurde die Versammlung geschlossen.

**Kelheim.** Hier fand am 7. Juli eine allgemeine Maurerversammlung statt, in der Kollege Schäfer aus München über die Entwicklung und Ziele des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands sprach. Er erläuterte in eingehendster Weise die Entwicklung und die Finanzverhältnisse des Verbandes und kritisste in scharfen Worten das noch in Kelheim herrschenden Indifferenzismus, sowie die Berplättlungsversuche der christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereine. Er forderte die Kollegen auf, ihre ganze Kraft für den Ausbau der Organisation einzufügen und eifriges Leser des „Grundstein“ zu werden, dann werde es auch möglich sein, den Zentralverein Kelheim auf die richtige Höhe zu bringen. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Hierauf riefen Vorsitzender und Käffnerer, daß trotz Verbot der Allordnung sich einige Kollegen gefunden haben, wieder in Allord zu arbeiten. Diese Kollegen werden in eindringlichster Weise ermahnt, in Zukunft Allord nicht mehr zu übernehmen und kollegial mit ihren Mitarbeitern zu handeln. Die Kollegen versprachen, in Zukunft im Sinne des Verbandes zu arbeiten.

**Lüdenscheid.** Sonntag, den 7. Juli, tagte hier die Generalversammlung unseres Zweigvereins. Ihr ging eine erweiterte Vorstandssitzung und Zweigvereinkonferenz vor. Verfehlten waren die Orte Lüdenscheid durch sechs, Altena, Schalmsmühle, Brügge, Kierspe und Meinerzhagen durch je einen Delegierten. Die Zahlstelle Halber war leider nicht vertreten. Außerdem nahmen der Kollege Dehrend aus Altenort im Auftrage des Gaubverbandes und Kollege Kraus von den Bauarbeiten an der Konferenz teil. Kollege Schmidt erstattete zunächst Bericht über die Agitation und Organisation im Zweigvereinsgebiet und über die Lohnbewegung im Bergbauregion. Aus seinen Ausführungen sei das Nachstehende hervorgehoben: Die Bautätigkeit war im zweiten Quartal in allen Orten des Zweigvereins sehr lebhaft, so daß sich allenhalben Wangel an Maurern bemerkbar machte. Dies ist auch an der Entwicklung unserer Organisation in erfreulicher Weise zu spüren. Am Schluß des ersten Quartals betrug die Mitgliederzahl 172, sie stieg bis zum Schluß des zweiten Quartals auf 382. Ganz ist die Zahl der Organisierten in betracht der im Zweigvereinsgebiet beschäftigten Maurer noch sehr gering. So sind z. B. in der Stadt Altena von mehr als 200 beschäftigten Maurern nur 20 organisiert. Schon langsam geht es mit der Entwicklung der Organisation in Altena voran. Es besteht hier ein Tarifvertrag, wonach der Stundenlohn 47 ½ bei zehnstündiger Arbeitszeit beitragen soll; die Unternehmer sind aber infolge der regen Bautätigkeit gezwungen, 50 ½ zu zahlen und

lassen bis zu zwölf Stunden arbeiten. Es ist deshalb auch sehr schwer, die Kollegen für die Organisation zu gewinnen, weil ihnen bewußt ist, daß wir die lange Arbeitszeit unter allen Umständen befämpfen. Ebenso steht es in Werden; auch hier haben die Unternehmer den Lohn in diesem Jahre bei ebenfalls zwölfstündiger Arbeitszeit von 45 auf 50 ½ erhöht. Die Kollegen fühlen sich angeföhrt dieser Zustände noch sehr wohl und glauben, eine Organisation nicht notwendig zu haben. Im Bergbauregion, wo die Organisation eine bessere ist, reichten wir im Anfang Juni in den Orten Halber, Brügge, Schalmsmühle, Kierspe und Meinerzhagen Forderungen auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes auf 55 ½ pro Stunde ein. Der Vorsitzende stand auch hier zum Teil die zwölfstündige Arbeitszeit bei Kleinstbauten von 48 bis 50 ½. Die Bewegung war von Erfolg. Es kam nur bei einem Unternehmer (Brückmann-Halber) zu einem einstündigen Streit; dann wurde ein Tarifvertrag vereinbart, der eine wesentliche Verbesserung der dortigen Zustände schafft. Die Arbeitszeit beträgt vom Tage der Vereinbarung ab bis zum 1. April 1908 10½ Stunden, vom 1. April 1908 ab 10 Stunden. Die Mittagspause beträgt 1¼ Stunden, die Beipfer- und Frühstückspause je eine halbe Stunde. Überstunden sowie Nacht- und Sonntagsarbeit sind nur in dringenden Fällen zulässig. Für Überstunden wird ein Lohnzuschlag von 20 pf. für Nacharbeit von 50 pf. und für Sonntagsarbeit von 100 pf. gezahlt. An den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist um 4 Uhr Feierabend. Allordarbeit unterliegt der freien Vereinbarung; auch bei Allordarbeit muß jederzeit die geleisteten Arbeitsstunden als Abschlag gezahlt werden. Der Stundenlohn für Maurer beträgt vom Tage der Vereinbarung ab bis zum 1. April 1908 52 ½, vom 1. April 1908 bis 30. April 1909 54 ½. Für Bauhilfsarbeiter ist der Lohn je 10 ½ weniger, für invalide und jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, sowie für Junggesellen im ersten und zweiten Gesellenjahr unterliegt die Lohnfestsetzung der freien Vereinbarung. Der Lohn wird wöchentlich am Mittwoch vor Feierabend auf den Baustelle gezahlt. Bei kleineren Arbeiten ist der Lohn während der Arbeitszeit von der Geschäftsstelle abzuholen. Das Arbeitsverhältnis kann jederzeit ohne Kündigung gegenstellig gelöst werden. Maßregelungen wegen Bürgschaft zur Organisation finden nicht statt. Bei Überlandarbeiten, die weiter als 3 km vom Wohnort des Unternehmers entfernt liegen, wird ein Zuschlag gezahlt. Die Höhe desselben unterliegt der freien Vereinbarung. Auf allen größeren Neu- und Umbauten muß die Errichtung von Gebäuden und Abwegen erfolgen, die den sanitären Anprüchen genügen. Dieser Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Mai 1909. In Schalmsmühle und Meinerzhagen ist es bis jetzt noch nicht zum Vertragabschluß gekommen. Hier liegen die Organisationsverhältnisse noch ungünstig. Der Unternehmer Gödersmann von Schalmsmühle, bei dem die meisten unserer Kollegen beschäftigt sind, hat dem Lohn, ohne mit uns den Vertrag zu vereinbaren, auf die gleiche Stufe erhöht. Der Unternehmer Löwe dagegen führt das reinste Willkürregiment. Er beschäftigt ja 40 Maurer aus der südlichsten Gegend von Italien. Löwe zahlt dieser Bauhöfe von 38 bis 40 ½ für Maurer bei zwölfstündigter Arbeitszeit. Die Deute hausen zu je 20 Mann in einer Parade. Betteln müssen sie sich selbst stellen, aber trotzdem pro Nacht und Person 10 ½ Schlagschläge zahlen; außerdem pro Tag und Person 10 ½ für Kochen, an den Polter. Der Unternehmer bezahlt demnach aus der Parade innerhalb zehn Monaten eine Miete von M 1200; dieselbe Summe verdient der Polter oder dessen Frau nebeneinander. Aber dennoch sind die Deute zu angestellt, der Organisation beizutreten, um dadurch diesen standabholenden Zuständen ein Ende zu bereiten. Ein Ziel davon hat sich nunmehr der Organisation angeschlossen; hoffen wir, daß die übrigen folgen werden, um dann auch Herrn Löwe zeigen zu können, daß wir in einem Kulturlande leben, in dem die Arbeiter nicht allein als Auslebensobjekte dienen wollen, sondern auch Rechte fordern, um ein menschenbildendes Leben führen zu können. In Meinerzhagen macht die Organisation nach den Ausführungen ihres Delegierten jetzt gute Fortschritte; es wird auch hier möglich sein, den Vertrag durchzuführen. Auch in der Stadt Bildenfeld könnte die Zahl der Organisierten noch viel größer sein, wenn es die Kollegen nicht an der nötigen Mitarbeit auf den Baustellen fehlen ließen. Offiziell wird das Versäumte jetzt entschieden nachgeholt. Kollege Kraus vom Bauhilfsarbeiterverband wünscht bessere gegenwärtige Unterstützung bei der Agitation, damit auch noch sehr schwache Zahlstelle bessere Fortschritte mache.

In der sich nun anschließenden Generalversammlung gab der Käffnerer den Bericht vom zweiten Quartal. Die Mitgliederzahl beträgt demnach 382. Neuaufnahmen sind 148, davon 15 Übertritte. Es sind 125 Eintrittsmarken à 50 pf. 8 Eintrittsmarken à 1 M 1,50 und 255 Beitragsmarken verlaufen, verlaufen, das sind gegen das zweite Quartal des Vorjahrs 1150 Beitragsmarken mehr. Die Einnahme der Loftsaloze beträgt insbesondere Rassenbestand M 1036,85, die Ausgabe M 375,66. Bestand M 881,10, davon sind 620 auf der Sparflasche belegt. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptstädte beläuft sich mit M 1289,20. An die Hauptstädte abgesehen sind M 496,16. Die Reisenden haben die Kasse in vollkommenen Ordnung gefunden; dem Käffnerer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Nachdem der Kollege Dehrend einen anderthalbstündigen Vortrag über „Das Koalitionsrecht der Arbeiter“ gehalten hatte, der mit ungeteiltem Beifall aufgenommen wurde, wurde die Versammlung, die bedeutend besser besucht sein können, mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

**Marienwerder.** Unsere Lohnbewegung ist wieder frisch aufgelebt. Da unser Vertrag am 31. März dieses Jahres abgelaufen war, wir aber bei der schlechten Bautätigkeit keine Forderung stellen wollten, wurden wir vom Arbeitgeberkombinat aufgefordert, einen Vertrag einzufinden. Am 4. Juni dieses Jahres fand die Verhandlung statt, die aber nicht zum Ziel führte. Da unser Gaubverband für Marienwerder keine Zeit hatte, so blieb uns nichts anderes übrig, als allein zu verhandeln. Nach harndägigem Strecken der Unternehmer wurde für dieses Jahr der Stundenlohn statt 48 ½ auf 48 ½ festgesetzt. 1909 sollten 50 ½ gezahlt werden.

München. Und wiederum Lohndrücker! und Terrorismus des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Unter diesem marktschreierischen Titel bringt die "Einigkeit" vom 29. Juni d. J. einen Artikel aus München, der von gemeinen Lügen geradezu strotzt. Der Einleitender des selben macht durch seine hier zu den Tag gelegte "Wahrheitssicht" der freien Vereinigung der Fliesenleger alle Ehre, er versteht es sehr gut, nach dem Muster des Reichstagsverbandes Melsame für die Totalisten zu machen. In der nächsten Mitgliederversammlung des Zweigvereins München, wird ihm die gebührende Antwort auf diese niedrigtäglichen Lügen gegeben werden; voreast begnügen wir uns mit der Konstatierung folgender Tatsachen: Nach jederzeit haben die Maurer Münchens den Erfüllen der "freien Vereinigung der Fliesenleger", sich bei Streits und Differenzen solidarisch zu gelgen, Folge geleistet und niemals ist ihnen je ein Kollege in den Händen gefallen und wir hoffen, daß derartiges auch in Zukunft nicht vorkommen wird. Wir verlangten dafür auch, daß bei einer guten Konjunktur im Fliesenlegergewerbe auch zentralorganisierte Kollegen unterkommen sollten, was zwar verstoßen, aber nicht gehalten wurde. Statt dessen versuchte man unsere Kollegen, die schon Fliesen legten, in der gemeinsamen Weise zu unterdrücken, jedenfalls zum Dank dafür, daß sie sich seit mit den Totalisten solidarisch erklärt hatten. Was in der "Einigkeit" von Sperrbrück der Maurer geschildert wird, läßt uns ganz kalt, denn dafür können keine Beweise erbracht werden. Die Münchener Kollegen haben jederzeit die Arbeit niedergelegt, sobald für offizielle Mitteilung von einer Sperrzei erhielten. Wir möchten den Totalisten nur raten, sich ihre Kraftausdrücke für ihre eigenen Kollegen, die in Berlin Streibrüderkunst gezeigt haben, zu sparen, und besonders wollen sie ihrem "bewährten" Führer Buttig, der prinzipiell Streibrüder vermittelte, daß Leidzweig gehörig antreichen. Des weiteren läßt sich die "Einigkeit" darüber, daß Maurer für 65,- Stundenlohn als Fliesenleger arbeiten und von der Geschäftsführung zum Unternehmer Friedl geföhrt werden sollen. Das ist der springende Punkt. Im Tarif der Fliesenleger ist für Leger ein Minimallohn von 70,- festgelegt; jene solche die überhaupt noch nicht Fliesen gelegt haben, ist weder Lohn noch Starenzei festgelegt worden; demgemäß können Unternehmer sich frei mit dem Unternehmer vereinbaren. Nun haben aber die Totalisten verschwiegen, daß jene Maurer überhaupt noch nicht Fliesen gelegt hatten und daß die Vereinbarung, die die Geschäftsführung mit dem Unternehmer getroffen hat, eine fehlschlagende Tiefarbeitszeit feststellt, ähnlich wie im Münchener Tiefarbeitszeit und wie es fast überall üblich ist. Die Totalisten in München haben sogar eine zweijährige Anlaufzeit mit niederen als Minimallöhnen für Leger. Wenn man also in Berlin zwei Jahre braucht, um das Fliesenleger zu erlernen, so kann man hier in München nicht verlangen, daß unsere Kollegen von der ersten Stunde an als geübte Fliesenleger betrachtet werden, zumal sie nicht, wie dies bei den Totalisten zu sein scheint, als firme Fliesenleger vom Himmel gefallen sind. Uebrigens haben es unsere Kollegen verstanden, schon nach drei Wochen den 70,- Stundenlohn für ungeliebte Fliesenleger zu erringen. Diese wahrheitsliebenden Leute verhindern ferner auch, daß die geübten und besonders die Berliner Kollegen 85,- Stundenlohn erhalten. Beimerkst du noch werden, daß unsere Kollegen fast sämtlich in Taglohn arbeiten, während fast alle Totalisten in Afford schaffen, denn in ihrem Tarif heißt es ja: "In der Regel wird in Afford gearbeitet". Im vorigen Jahre wurde der Afford abgeschafft; heuer jedoch auf Wunsch der Unternehmer, wie sich die Totalisten ausdrücken, wieder eingeführt. Da es bei der Affordarbeit der Totalisten ausgeschlossen ist, daß zentralorganisierte Maurer im Fliesenlegergewerbe Unterschluß finden können, wurde mit dem Unternehmer Friedl obige Vereinbarung getroffen, damit es auch unseren Kollegen möglich gemacht wird, sich im Fliesenlegergewerbe auszubilden. Geschäftsführer Nehrer hat nur im Interesse der Münchener Kollegen gehandelt, als er dieses Abkommen traf. Weiter heißt es in dem Artikel der "Einigkeit", daß die Totalisten in der gemeinsamen Sitzung vom 19. Juni von den Maurern niedergebrüllt worden seien. Sie stellen damit die Tatsachen geradezu auf den Kopf; das gerade Gegenteil ist wahr. Die rüpelhafte Aufführung der Totalisten in jener Sitzung spottet jeder Verständigung. Die Zwischenrufe und Ausdrücke, die dort von den Totalisten gebräucht wurden, hier wiederzugeben, sträßt sich die Feder, sie sind aber ein hereditäres Zeugnis für die Intelligenz jener sonderbaren Fortschrittkritiker. Auf jeden Fall haben wir nun einmal ein richtiges Bild von dieser Gesellschaft bekommen. In der bestreitenden Sitzung stellte einer unserer Kollegen den Antrag, es solle das Tarifamt zur Schlichtung der Differenzen über die Auslegung des Tarifs angerufen werden; anstatt den Antrag sachlich zu beraten, wurde der Antragsteller von den Totalisten niedergebrüllt. Die Sache liegt für uns klar. Die Totalisten wollen nicht, daß zentralorganisierte Maurer das Fliesenlegen erlernen, sie wollten das Monopol für sich haben, um ungünstig zu gehen. Das Bild von Terrorismus überliegt auf Seite der Totalisten. Wahrscheinlich der Maurerverband hat dem frechen Treiben und der Mauerkurstätigkeit dieser Berücksichtigungsorganisation lange genug gutmütig zugesehen und sich vieles gefallen lassen. Dass dies nicht mehr so weiter gehen kann, muß jedem denkenden Kollegen einleuchten. Alle Fälle von Gemeinnützen und Unbedarftheit gegenüber dem Maurerverband heute hier aufzuzählen, läßt der Raum nicht zu, wir behalten uns dies für später vor. Das eine aber werden auch die Berliner Kollegen mit nach Hause nehmen, daß die Münchener Totalisten ebenfalls nicht besser sind als ihr Ruf, und als ihr "bewährter" Streibrüderagent Buttig. Bedenken kündig denkenden Kollegen aber muß das ordinäre Treiben der Totalisten anwidern; er wird sich mit Abschluß von dieser Gesellschaft abwenden.

**Pforzheim.** Nach den Artikeln in den Nummern 22, 24 und 26 des "Grundstein", die sich mit der Beitragszahlung der in Pforzheim arbeitenden Mitglieder des

Zweigvereins Karlsruhe befaßten, glaubte wohl mancher gute "Freund", der es mit dem Sprichwort hält: "Wenn zwei sich streiten, lädt der dritte", im Kreis herum zu können. Keineswegs dürften sie aber auf ihre Rechnung gelommen sein. Es soll allerdings aus, wie wenn die Leitungen den beiden Zweigvereinen sich ganz bedeutend in die Haare gefallen wären. Der Zeitungskampf mit seinen unschönen Nebenecheinanderungen mußte notwendigerungen zu einer persönlichen Aussprache führen. Hierbei zeigte es sich, daß ein Mitgliedsverhältnis die ganze Polemik im "Grundstein" verurteilt. — Es wurde von den Pforzheimer Kollegen angenommen, daß der Vertritt der Zweigvereins Karlsruhe auf den Kongreß im Mörsbach mit seinem Auspruch: "Glaubt Ihr denn, wir sind so dum und verläufst 60,- Marken?" deren Verlauf überhaupt abgelenkt habe. Aus dem uns jetzt zugestellten Protokoll geht hervor, daß der Gauverstand fortgesetzt wurde, erscheint wie nun, daß hier ein Mitgliedsverhältnis vorlag. Der Verlust der 60,- Marken wurde von Karlsruhe deshalb abgelehnt, weil die Zweigvereinsfrage tatsächlich keine Bergung, sondern nur Arbeit bei deren Verschleiß gehabt hätte, da 5,- pro Verluste Beitragsmarke in den Kassen der einzelnen Zweigvereine verblieben. Nachdem von Pforzheim aus dem Zweigverein Karlsruhe 10,- pro Marke zugebilligt wurden, war die Beitragsfrage geregelt, was ja auch der Brief in Nr. 24 des "Grundstein" beweist. Im letzten Artikel aus Pforzheim wurde allerdings das Datum dieses Urteils angeweift. Durch einwandfrei Bezeugt ist jedoch festgestellt worden, daß dieselbe tatsächlich am 31. Mai geschrieben wurde. Wenn auch die Meinungen stark auseinanderplatten, so kann doch nach alledem gesagt werden, daß beide Zweigvereinsleitungen erstaunlich gewillt waren, die seit nahezu einem Jahre schwedende Beitragsfrage endgültig zu regeln. An den Kollegen liegt es jetzt, ob sie dem "Einigkeitstreten" beider Vorstände durch gebrachte Pflichterfüllung der Organisation gegenüber und tüchtighaftes Hand in Hand arbeiten auf allen Blättern Radbrück verleihen.

### Niolaus Veruhard.

**Blauen.** Hier tagte Mittwoch, den 3. Juli, eine öffentliche Maurerversammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Welche Aufgaben haben wir gegenwärtig zu erfüllen?" referierte Kollege Koch aus Leipzig. Er führte umfangreich folgendes aus: Durch die Gleichheit der Lebensstellung ist die Solidarität unter den Maurern gehoben worden. Die Kämpfe haben eine ganze Portion Disziplin gebracht. Alles hat sich vereinigt, um den vorbereitenden Maurer zurückzudrängen. Wenn wir auf wirtschaftlichen Gebieten einen Vorstoß wagen, so wird er zur politischen Machtpartei gestempelt. Am Jahre 1908 wird die gute Konjunktur vorbei sein, sie hat jetzt ihren Höhepunkt erreicht. Dies war ja bekanntlich der Grund zur Reichstagsauslösung. (Allerdings war nicht die Interessen des Kapitals vertritt, sondern die Arbeitnehmer.) Alles, was der neue Totalist angenommen wurde, steigen auch die Lebensmittelpreise, es war daher selbstverständlich, daß die Kämpfe begannen, um die Mehrausgaben wieder weit zu machen. Die Unternehmer fordern immer von Terrorismus bei den Arbeitern, während sie ihren eigenen Terrorismus nicht leben wollen. Man ist auf Seiten der Unternehmer nicht gerüstet; sie meinen, nun, daß die Sozialdemokratie eine Niederlage erlitten hat, müssen auch die Gewerkschaften niedergeworfen werden. Die Ausperrung der Holzarbeit war darauf gerichtet, deren Organisation zu vernichten. Das bekannte Wort: "Schwere Strafe demjenigen, der einen Arbeiter an freiwilliger Arbeit hindert", sollte auch auf die Unternehmer angewandt werden, weil die Unternehmer in der Holzindustrie ihre Arbeiter, die arbeiten wollten, an der Arbeit gehindert haben. Wir werden 1908 oder 1910 eine große Ausperrung zu erwarten haben; es kommt ganz darauf an, wie sich die Vorfälle abspielen. So der Kampf in Berlin. Gleichzeitig durch diesen Kampf unsere Fasse eine Schädlerung, dann haben wir das nächste Jahr eine neue Auslastung. Der erste Schritt zur Vernichtung der Arbeitervorwerke ist getan. Die Aufgabe der Regierung soll sein, die Unterschiede zwischen den Arbeitervorwerken zu vertiefen. Auch Rosenthal im Reichstag. Man muß den Arbeiter mit dem Arbeiter bekämpfen; inwieweit dies geschieht, zeigen ja die Gründungen von den gelben Gewerkschaften und dem Bund der nationalen Arbeitervorwerke. Dieser Bund wendet Fürst Bülow großes Interesse zu. Ein Gegenkampf zur Bekämpfung der Gewerkschaften kann die Regierung nicht bringen, sie darf damit hineingezogen werden. Die Gründung der genannten Arbeitervorwerke gehört deshalb, damit die Regierung im Reichstag sagen kann, die deutschen Arbeiter verlangen einen solchen Gegenkampf. Wir müssen unseren Arbeitervorwerken den Weg zeigen, den sie zu gehen haben. Wir haben weiter darauf zu achten, daß der Afford abgeschafft wird. Wenn wir alle diese Aufgaben erfüllen, dann sind die Früchte reif und wir können sie entnehmen. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Beim zweiten Punkt wurde mit 188 gegen 17 Stimmen beschlossen, beim Verbandsamt zu beantragen, den Kollegen May Rostroth aus der Organisation ausschließen. Der Grund hierzu ist folgende Tatsache: Kollege Strobel als "Grundstein"träger hatte auch bei Rostroth zu kostspielig. Rostroth hatte eine lange Zeit Marxen mit Kollegen Strobel nicht genommen. Er stellte deshalb Rostroth zur Rede und drohte mit Entziehung des "Grundstein". Zu diesem Vorwegen war Kollege Strobel bereitgestellt, zumal da auch Rostroth das Vorlegen seines Buches verweigerte. Nach diesem kurzen Wortwechsel trat Rostroth, der an diesem Tag angehauptet war und seit 1895 organisiert ist, den Kollegen Strobel und schmiß ihn die Troppe herunter, so daß er fast blutende Wunden davontrug. Die Versammlung war entzückt über diese Röheit Rostroths, zumal gegen Kollegen Strobel während seiner zwei bis dreijährigen Tätigkeit als "Grundstein"träger nicht das geringste vorliegt. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Überstundentarifarbeit einiger Kollegen bei der Betonfirmen Bosse. Die ganze Angelegenheit wurde der Liquidationskommission zur Untersuchung überwiesen. Kollege Nehr wurde als Delegierter zur allgemeinen Arbeiterschutzkommission gewählt. Maurer Goethlein wurde auf seinen Antrag hin wieder in die Organisation aufgenommen.

**Posen.** Im "Schweizerthal" tagte eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Zweigvereins. Kollege Schulz referierte über die "Organisationsgegenstände" und führte etwa folgendes aus: "Unser vor kurzem herausgegebenes Flugblatt hat durch den 'christlichen' Verband eine Antwort, worauf von vorher kein Reaktion vorliegt, erfahren. Jedoch ist der Schreiber dessen nicht auf das eingegangen, was wir den 'christlichen' an die Noschöpfe hängen. In ihrer Geisslichkeit versuchten sie, ihre Gläubiger durch alte Märchen von der Weisheit abzulenken. Es ist eine Varentatit, wenn sie jemandem weismachen wollen, daß für ihr verlorene gegangenen Streits in Mecklenburg und Grätz der Zentralverband verantwortlich zu machen sei. Über Weieritz befindet sich noch ein Protokoll in unseren Händen, das durch ihren Führer Hoffe unterzeichnet wurde. Dasselbe legt die Tatsit für die damalige Ausperrung fest. Von uns ist streng nach dieser Abmachung gehandelt worden. Und in Grätz? Werde nicht Rechtsplatte vom Gericht in Posen wegen Beleidigung meiner Person zu 20 Goldmark bestraft, weil in der von ihm 'redigierten' polnischen Zeitung Unwahrheiten enthalten waren? Es liegt Verdacht gegen dieses Urteil ein, und vor dem Landgericht trat sein Komplize Hoffe auf und stellte sich als Verfasser der Beleidigung vor. Das Gericht sah vor einer Beleidigung dieses Zeuges ab, mußte aber deshalb das Urteil aufheben. Dasselbe konnte nicht mehr gefasst werden, weil inzwischen Verjährung eingetreten war. So sehen die Ehrenmänner des christlichen Verbandes aus. Was tut man nicht alles für M. 20!. Die Praktikerei der 'Christen' über ihre Erwerbsgründungen werden wir nächstes beprochen, und zwar öffentlich im 'Grundstein', damit sie die Kollegen überall kennen lernen. Um uns gänzlich zu vernichten, heißt es in dem herausgegebenen Flugblatt: 'Die 'freien' Verbände sind jetzt sozialistisch geworden und die Repräsentantentei dieser Verbände sind zum Teil Reichstagsabgeordnete; die die Interessen der sozialdemokratischen Partei wahren.' Hierzu bemerkte Nehrer: 'Es ist doch noch besser, unsere Repräsentanten in einer Gesellschaft zu wissen, die wenigstens die Arbeitersklasse vor Ausplündерungen zu schützen sucht. Dagegen ist ihr Repräsentant Weiberg in einer Gesellschaft, dem Zentrum, das für Vertreibung der Gewerkschaften stimmt. Es steht dieser Gesellschaft gut, es ist für teures Brot Sorge zu tragen und nachher den Arbeitern über teure Seiten Vorträge zu halten. Die 'christlichen' auf wirtschaftlichen Gebiete sind die Gefahren dieser Röheit der Volksbewegung. An einer anderen Stelle heißt es dann weiter: 'Glaubt Ihr, daß die Sozialdemokratie, für die von den freien Verbänden geöffneten Arbeitsgerichten, idiom etwas für die Arbeiter erkämpft haben? Nein! — Zu Gegen teil, die Sozialdemokratie im deutschen Reichstage stimmt gegen die sozialdemokratischen Abberndungen, die zu Gunsten der Arbeiters eingerichtet werden. Ferner gegen die Versicherung in Krankheitshäusern, gegen die Versicherung in Invalidenhäusern, gegen die Versicherung der Arbeitgebergerichte u. a.' Gut, meinte Nehrer, vor allem wollen wir den Arbeitern ins Gedächtnis rufen, daß das Zentrum am 24. Mai 1909 dasselbe tat, was den Sozialdemokraten zur Last gelegt wird, nämlich ebenfalls gegen das Alter und Kinderverdienstgesetz stimmte. Aber warum haben die Sozialdemokratie eigentlich gegen diese Gesetze gekämpft? Weil der Arbeiterschaft, die die Mittel der Versicherung aufbringen muß, das Versicherungskredit nicht gegeben wurde. Wer sieht will, wie mit seinem Gelde durch die Landesversicherungsanstalten gewirtschaftet wird, der möge sich die für Posen ansehen. Geht hinaus nach der Holzgerichtsstätte, die findet ihr einen Komplex neuer Villen für ein und zwei Familien, in der Regel mit 5 bis 12 Zimmern für eine Familie. Diese Häuser werden durch die Landesversicherungsanstalt für ihre Angestellten gebaut. Die Bewohner dieser Schmiedhäuser zahlen 1½ pfl. für das angelegte Kapital, und nach 99 Jahren gehen sie als Eigentum in ihren Besitz über. Baugelder kosten 8 bis 9 pfl.; die Herrnen zahlen für Vergütung und Amortisierung 1½ pfl. Ist das keine Verhältnis eures Gedächtnisses? Dagegen sieht auch einen Rentenempfänger dieser Anstalten und ich hab die Wohltaten der 'dolken Kompositköpfchen'! Ein jeder, der die Wohltaten dieser Einrichtung kennt, kann nicht anders, als den Sozialdemokraten zu ihrer damaligen Ablehnung recht geben. Jetzt gilt es natürlich, das Gesetz für die Arbeiterschaft verbessert zu helfen. Eine andere Stelle ist erwähnenswert, um die 'Leberdrüsen' zu charakterisieren; sie lautet: 'Die Arbeitgeber beschäftigen sich nicht in ihren Organisationen mit den Ideen des Christentums, oder der Nationalität, und darum ist es ihnen möglich, sich ohne Unterschied in einem Verbande zu vereinen.' Nehrer meinte: 'Sieht man von ihrer nachfolgenden Nachfertigung ab, die da lautet: 'Die Arbeitnehmern wurden gezwungen, den Verbände christlicher Bauhandwerker und Bauarbeiter beizutreten, weil die freien Verbände, die schon vor unserem Verbande existierten, nicht die Freiheit der christlichen Weltanschauung erkannten wollten,' dann weiß man nicht, ob man mit Idealen oder Gelöbten zu tun hat. Unter uns zu 100 Mitgliedern in Posen befinden sich viele gläubige Christen; wer hat diesen Idioten etwas von unserer Seite in den Weg gelegt? Sie befinden sich bei uns wohl und werden sich auch in Zukunft bei uns wohl fühlen. Das dem so ist, beweisen die fortgelebten Überkritiken zu unserem Verbande. Darum trate ich in die Agitation und legt diesen Heuschnaufern das Handwerk, aus dem nur die Unternehmer Nutzen ziehen. Nach Erledigung innerer Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

— (Bementriever.) Um 23. Juni tagte hier eine Versammlung der in der Bementbrände beschäftigten Beauftragten. Die Bementbrände hat hier seit ein paar Jahren an Umfang ständig zugenommen, und so bildete sich auch bei den darin Beschäftigten das Organisationsbedürfnis. Kollege Schulz wies in dieser Versammlung darauf hin, welche technischen Umpfälzungen das Baugewerbe zur Zeit unterworfen ist und noch unterworfen sein wird. An vielen Befinnissen zeigte er die Entwicklung der Spezialberufe und wie die Notwendigkeit der Organisation nach. Er betonte auch, wie notwendig es ist, daß sich die Organisation jede Umwaltung zu nützen machen müsse. Gleicher Schritt mit der Entwicklung zu halten, sei immer ein Fortschritt für die Arbeiterschaft; zünftiger sein, hieße

verhöhern, dabei würde man zurück, statt vorwärts kommen. Auch die Maurer müssen helfen, die circa 80 Mann starke Bemitterergruppe zu organisieren, damit sich auch diese Arbeiter eine bessere Existenz eringen können und dadurch weniger für das Stammgewerbe als Schnaußlunfurens in Frage kommen. Zur Zeit gehören 28 Bemitterer der Sektion an.

**Stabenhausen.** Am 6. Juli hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab. Bezuglich Sitzungnahme zu der Wahl des Gesellenausschusses wurde beschlossen, zunächst mit dem Sauborlindern und den Zimmerleuten zu beraten, ob die Kollegen zu der Versammlung, die die Meister einberufen, hingehen oder die Wahl des Gesellenausschusses ablehnen sollen. Die Quartsatzrechnung wurde von der Versammlung genehmigt und dem Kassierer Dechage erlaubt. Da der Arbeitsstättentarif auf verschiedenen Bauwerken nicht eingehalten wird, wurde beschlossen, die Kollegen, die nicht nach dem Arbeitsstättentarif arbeiten, mit einer Strafe zu belegen. Sie sollen das erste Mal mit 2 L. im zweiten Falle mit 1.50 und das dritte Mal mit 2 bestraft werden. Wer sich hierauf nicht befreit, soll ausgeschlossen werden. Kommt ein Kollege aus der Stadt in 18 Wochen nicht zur Versammlung, so wird ihm aus der Zulassung nichts vondikt. Zum Schluss erfuhr die Vorsitzende die Kollegen, sie rechtzeitig einen Verbandsstädter zu bestellen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Torgau.** Die Sitzung des hiesigen Zweigvereins fühlte sich gezwungen, die Freiheit und Fähigkeit der Berliner Aufzundmäuer öffentlich zu branden. Leider gibt es von dieser Sorte Maurer in unserer Umgegend noch viele. Den Kollegen von den Baustellen Delitzsch und Hintersee, die regelmässig mit ihnen von und nach Berlin zur Arbeit fahren, mögten wir raten, solche Menschen mit Verachtung zu strafen. Die Steinträger der bekannt gewordene Firma Hohmeier & Naumann hatten eine kleine Lohnaussetzung verlangt, die ihnen verweigert wurde, worauf die Steinträger die Arbeit niedergelassen. Nun wurde von unseren Kollegen verlangt, die Steine zu freiben, was sie selbstverständlich verweigerten. Daraufhin wurden sämtliche Kollegen entlassen. Da aber in Torgau Arbeitsgelegenheit vorhanden war, kamen die 18 Mann bald wieder in Arbeit. Der Bau ruhte. Aber schon am vierten Tage kamen die Maurerherren und beschlagnahmen den Bau, trotz Warnung und Belohnung durch ihre eigenen Brüder, Baumeister und der Zweigvereinsleitung. Sollten, derartige Fälle wieder vorkommen, so möchten wir den Kollegen raten, sie die Arbeit verweigern, sich mit der Zweigvereinsleitung in Verbindung zu setzen, damit diese mit dem Unternehmer oder dessen Beauftragten Büchtpäckchen nehmen kann. Bemerk sei noch, dass die Kollegen nicht nur im Interesse der Steinträger die Arbeit verweigern, sondern sie waren der Schitanierer und der Dreizeb des Poliers zatt. Verhandlungen mit dem Unternehmer wurden nicht angeknüpft, weil alle Maurer entlassen waren.

### halte die Augen auf!

Zu unserer gestrigen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, darauf hinzuwirken, dass die von den Mitgliedern beschäftigten Poliere, den hiesigen Maurer- und Zimmerpolieren für Dortmund und Umgegend beitreten, soweit sie noch nicht angehören. Poliere, die einer anderen Organisation angehören, sollen nicht eingestellt und beschäftigt werden.

Also beschlossen die Mitglieder der Ortsgruppe Dortmund des Arbeitgeberverbandes für das Industriegebiet in ihrer letzten Mitgliederversammlung laut Bericht der „Rh.-Westf. Arbeitgeberzeitung“: „Wir können diesen Beschluss nicht ohne ein Wort des Ernstes pausieren lassen. Schwere Strafe demjenigen, der einen anderen am freiwilliger Arbeitshilfe beteiligt.“ Diese Worte Wilhelm II., die auch heute noch in Unternehmerkreisen und vor allem in der „Rh.-Westf. Arbeitgeberzeitung“ das meiste Verständnis gefunden haben, wenn sie gegen die organisierten Arbeiter ausgeschlaget werden können, scheinen für die Schärfmacher im Bauunternehmen nicht geprägt zu sein. Wenn zwei daselbst tun, so ist es nicht dasselbe. Nach diesem Grundsatz wird heute in Preußen-Deutschland regiert, kein Wunder, dass da die Unternehmerclique ihr Haupt immer frecher erhebt. Gehen Arbeiter dazu über, aus diesem oder jenem Grunde mit einem ihnen nicht genehmen Menschen nicht zusammenarbeiten zu wollen, und legen dann, um ihrem Willen etwas Nachdruck zu geben, die Arbeit nieder, dann ist das Terrorismus. Mit einer wahren Verachtung fallen dann die Einführung der Schärfmacher über die Arbeitsorganisationen her und rufen nach einem Buchstabsieges. Der Beschluss der Dortmunder Unternehmer ist aber nichts anderes als „organisierter Terrorismus“. Es wird beschlossen, „darauf hinzuwirken“, dass alle Poliere dem Polierverein beitreten. Wie das gemacht wird, weiß man aus Erfahrung. Mit allen Mitteln werden die Unternehmer des Industriegebietes, nicht nur die Dortmunder, verführen, diese ihre Schärfgruppe nach Kräften zu stärken. Dortmund ist das Verlustschlüssel. Gelingt es den Unternehmern in Dortmund, und nach dem bisherigen Verhalten des übergroßen Teiles der Poliere bei Streiks und Aussperrungen ist daran nicht zu zweifeln, das gefestigte Ziel zu erreichen, wird nach demselben Schema auch anderswo gearbeitet werden. Schon lange war es ein Herzenswunsch der Oberbauschärfmacher im hiesigen Bauwesen, sich eine organisierte Arbeitshilfe „kolonne zu schaffen“. Dieser Wunsch soll nun in die Praxis umgesetzt werden; nachdem man in Essen und anderen Orten eingesehen hat, dass die schon bestehenden Poliervereine durchaus harmlos sind. Seit der Aussperrung von 1905, wo die Unternehmer den Polieren aus Dankbarkeit für treue Dienstleistungen die „Beamtentürde“ verliehen, tragen diese die Nasen noch einmal so hoch. Ein altes Sprichwort sagt: „Was nicht der Titel, wenn die Mittel fehlen.“ So geht es auch den Polieren mit ihrer Beamtentürde. Der Stundenlohn beträgt für Maurer in den Großstädten Essen, Dortmund, Gelsenkirchen, Bochum und Duisburg 55 S. Der Polieren werden mit ganz wenigen Ausnahmen Löhne von 55 bis 63 S. gezahlt. Sie hätten also alle Berechtigung, zur Bedingung ihrer wirtschaftlichen Lage allen Kastengeist beiseite zu werfen und mit den organisierten Maurern gemeinsame Sache zu machen, statt dem von den Unternehmern

protegierten Polierverein anzufüllen. Wollen sich aber die Poliere als organisierte Unternehmerschaftgruppe bei den fünfzig Lohnbewegungen gebrauchen lassen, dann müssen sie es sich auch gefallen lassen, wenn sie von den Maurern entsprechend beachtet werden. Die Maurerorganisation ist bisher mit den Unternehmern fertig geworden, sie wird auch mit ihren neuesten Verbündeten, den Sektionen, fertig werden.

Als nach Beendigung der Aussperrung im Jahre 1905 im Industriegebiet die Arbeit allgemein wieder aufgenommen war, hielten die Poliere ihre Zeit für gekommen. Sie, die sich doch während des Kampfes nicht gescheut hatten, unter Auflösungslage ihrer Beamtentürde, gezwölfte Maurer und Handlangerdienste zu verrichten, hofften nu auch flüchtige Anerkennung für ihre aufopfernde Tätigkeit im Interesse der Unternehmer einzuholen. Einzelne wurden sie bei den Unternehmern vorstellig, um eine Lohnzehrung bitten. Ihre „Bitte“ wurde abgelehnt. Als die Maurer ihre erste Lohnzehrung begannen, wiederholte sich daselbst Spiel, und als in den vergangenen Jahren die Unternehmer gebeten wurden, für die Poliere Monatsgebühre einzuführen, wurden sie wieder abzüglich bestimmt. Mit der Beamtentürde steht es also recht windig aus. Wenn unter solchen Verhältnissen die Poliere nicht zur Erkenntnis der ihnen von den Unternehmern zugedachten traurigen Rolle kommen, dann ist ihnen auch nicht zu helfen.

Die Gründung von Poliervereinen unter der Protection der Unternehmer war von jeher das Stedenspiel des in den Kreisen der Bauarbeiter bekannten Schärfmachers Trift in Essen. In seiner Nr. 23 vom 9. Juni 1906 berichtete der „Grundstein“ von dem Kriegsfall der „Arbeitgeber“ für das Bauwesen. Dieser Kriegsfall, der bekanntlich in Hildesheim tagte und an dem Unternehmer aus Braunschweig, Bremen, Celle, Eilen, Frankfurt, Hamburg, Altona, Hannover, Hildesheim und Solingen teilnahmen, besetzte sich unter anderem auch mit der Gründung „nationaler Arbeitervereinigungen“. Bei dieser Gelegenheit machte Trift aus Eisen seinem geprellten Herzzen Luft. Er hielt die Gründung solcher Arbeiterorganisationen für durchaus notwendig. Diese Organisationen müssten eventuell mit Geld unterstützt werden, damit die Unternehmer Einschluss darauf gewinnen. Mit Hilfe der Poliervereine wäre dies auch zu erreichen.

In Hildesheim wurde in dieser Angelegenheit ein Beschluss nicht gefasst, aber im Industriegebiet ist man der Frage doch näher getreten. Beweis dafür ist das Vorgetragen der Dortmunder Unternehmer. Dieser Umstand mag, und zu der Überzeugung bringen, dass die Unternehmer ihre Vorbereitungen für das nächste Jahr treffen. Seien auch wir nicht lässig! Sorge jeder Kollege, für den weiteren Ausbau und die Fortbildung der Organisation. Nicht raffen und ruhen dürfen wir, bis der letzte Maurer sich unserer Organisation angeschlossen hat. Halte die Augen auf!

### Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 7. Juli bis 13. Juli sind folgende Beiträge eingegangen: Von der östlichen Birmalung in Wittenberge A. 482, 90, Bretzin 450, Mittenow 225, Eggersdorf 210, Bromberg 200, Kirch-Sieben 200, Leipzig 180, Oranienburg 200, Wandlitz 200, Gorgatz 180, Wolfenbüttel 180, Bahnhof 180, Alt-Damnitz 150, Dessau 150, Magdeburg 142, 54, Rehna 140, Kirchhördel 138, 25, Betsen i. M. 100, 60, Alt-Wießnitz 100, Groß-Neuendorf 100, Kammlatt 100, Mittenwalde 100, Barnim 100, Langenselbold 90, Süßen 80, 75, Lengerich 80, Badrina 50, Görlitz 100, Hohenroth 20, Summa A. 4705, 02.

Zuschüsse erhielten: Horst i. d. L. 800, Hannover 200, Elberfeld 100, Erbach 100, Neufalen 100, Schwedt 100, Summa A. 900.

Altona, den 13. Juli 1907.

F. Kläischen, 2. Hauptställer, Wilhelmstr. 57.

### Vom Bau.

Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaß nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vortommessen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an einer Fachblatt zu senden.

Berlin. Ein folgenschwerer Einsturz einer Giebelmauer hat sich am 18. Juli in der Hermannstraße in Niedorf ereignet. Das Gebäude auf dem Grundstück Hermannstraße 198 befindet sich gegenwärtig im Abriss. Als die Abrissarbeiter kurz nach dem Mittagessen die Arbeit wieder aufnehmen wollten, stürzte plötzlich die hohe Giebelmauer ein, und unter drohendem Gespalt fielen die Trümmer nieder. Einer der Arbeiter, der sich nicht mehr früh genug in Sicherheit zu bringen vermochte, wurde unter den Schuttmaschen begraben. Die Arbeitskollegen machten sich sofort an die Rettungsarbeiten des Verunglücks, und nach langen Bemühungen glückte es ihnen auch, den Gefährdeten noch lebend wieder ans Tageslicht zu fördern. Der Bauernschaute hatte aber bereits so schwere innere Verletzungen und Quetschungen davongetragen, dass er in bedenklichem Zustande in das städtische Krankenhaus in der Canarisstraße eingeliefert werden musste.

Köln. Tödlich verunglückt ist am 12. Juli der rheinische Kollege Matthias Botisch durch Sturz aus dem Fenster des vierten Stockwerkes eines Fabrikgebäudes im benachbarten Erdmannsdoerff. Der Gang des Unfalls ist noch nicht genügend geklärt. Allem Anchein nach dürfte die ausführende Firma, F. Bindler & Sohn, in Köln, nicht von Schuld sein, da der Verunglückte beim Aufstieg vom Walzgerüst durchs Fenster fiel, indem das Gerüst circa 3 m von der Wand entfernt und schon teilweise abgebrochen war. Leicht kann dadurch eine Falle entstanden sein. Die großen Fensteröffnungen waren

leineswegs durch sogenannte Spreizen gesperrt. Der junge Kollege war die Tochter seines Eltern und galt als äußerst hübsch.

Hagen i. W. Samstag, 6. Juli, Nachmittags gegen 2 Uhr war in der neuen Fabrik von Funke & Sied der Maurer Joz. Wohin (b. griffl. Verb.) damit beschäftigt, eine Schubvorrichtung vor einer Maschine anzubringen. Dabei musste er ein Loch in den Fußboden stemmen, das nur etwa 15-20 cm von dem großen zentralen 50 Centner schweren Schwungrade entfernt war. Er war gerade im Begriff eine Eisenstange von 1,50 cm lang und 10 cm im Durchmesser (Gaskrohre) einzulassen, als die Stange vom Schwungrade, das unbereitstehenderweise in Bewegung war, erschlug und herumgeschleudert wurde. Die Stange traf den Kollegen unglücklicherweise an den Kopf, so dass er sofort bewusstlos hinfiel. Das Blut floß ihm aus Mund, Nase und Ohren. Nebenfalls hat er eine sehr schwere Kopfverletzung erlitten. Wie die leitenden Personen es dulden konnten, dass ein Arbeiter in so unmittelbarer Nähe eines solch in Bewegung befindlichen Schwungrades arbeite, scheint uns schier unglaublich. Aber der heilige Profit könnte ja gefördert werden, wenn die Maschine so lange still stehen müsste, bis die Schubvorrichtung angebracht war. Was fragt das Kapital heute nach einem Menschenleben! Werden denn die Maschinen nicht erst vorher von der Fabrikintendanten bestätigt, ehe die hierzu erforderlichen Schubvorrichtungen angebracht sind? — Vor zirka 14 Tagen hatte sich ein Italiener auf demselben Werke beim Transportieren von Eisenplatten den Daumen der rechten Hand abgequetscht. Der Verunglückte liegt heute noch im Krankenhaus. Am Neubau des Bauunternehmers Rohmann in der Böhmerstraße starb am 9. Juli, Morgens gegen 8 Uhr, der Maurer Louis Olms (Bentzialverband) aus der dritten Etage bis in den Keller hinunter. Olms wollte ein Gerüst abbauen, dabei traf er auf ein dünnes Schalbrett, brach durch und stürzte auf. Er wurde schwer verletzt in das Marienhospital transportiert, wo der Arzt zunächst Rückenmarkrötzung feststellte. Dieser Unfall konnte vermieden werden, wenn die Balkenlagen mit Gerüstbrettern abgedeckt gewesen wären. An diesem Bau waren aber sämtliche Balkenlagen fast gar nicht abgedeckt. Die Zustände auf den Bauten schreien zum Himmel. Täglich laufen klagen auf unserem Bureau ein in bezug auf Abdichtungen schlechte Leitgänge, Schubstützungen usw. fast täglich machen wir die Baupolizei auf diese Missstände aufmerksam. Gedemahal erhalten wir dann die Antwort: „Wir werden die Sache untersuchen!“ Damit kommen wir aber keinen Schritt weiter. Schon vor einem Vierteljahr sollte die neue Bauberordnung für Hagen heraustreten. Der Entwurf dieser Verordnung, den wir feinergezogen haben, enthält tatsächlich einige Bestimmungen über Maßnahmen, die der Unternehmer eines Neubaues zu treffen hat zum Schutze der Bauarbeiter. Ob er als fertiges Produkt in seiner ursprünglichen Verfassung die Genehmigung der Regierung erlangen wird, müssen wir erst abwarten. Verlangen müssen wir aber von der Behörde, dass die Bauten häufiger kontrolliert werden. Szenen müssen stiellose Unternehmer, die das Leben der Bauarbeiter so leichtfertig und aus purem Gewinnfucht in Gefahr bringen, weit härter bestraft werden, als es bisher geschehen ist. Strafbanteile von A. 3 bis 10 sind nicht geeignet, auf diese Leute einschreckend einzutwirken. Wir raten dem Herrn Städtebauamt, einmal eine Rundfahrt durch die Stadt an den in der Ausführung begriffenen Bauten vorbei zu machen, um sich selbst einmal von den Missständen, die dort herrschen, zu überzeugen. Würde die Leitung der Organisation nicht während eines wachhaften Auge auf die Einhaltung der notwendigsten Sicherheitsmaßregeln haben, so würden noch mehr Unfälle vorkommen. Wir könnten aber auch unseren Kollegen den Vorwurf nicht erparren, dass sie ein Teil schuld daran tragen, dass sich grauenreißende Zustände auf den Bauten eingebürgert haben. Sie sollten einfach Selbsthilfe über- und die Arbeit einstellen, wenn der Unternehmer nicht die genügenden Schutzmaßnahmen für sie trifft. Bei allen Unfällen muss die Organisation aber auch sofort telefonisch benachrichtigt werden. Gewöhnlich erfasst man es erst einige Stunden oder Tage später aus den bürgerlichen Zeitungen. Ferner machen wir nochmals die Behörde auf den Bau Fischer-Voelke an der Böthkofstraße aufmerksam. Dort mangelt es an dem allernotwendigsten Gerüstholz.

Reppen. Am 9. Juli kam der Kollege Hermann Trift durch den Zusammenbruch eines Gerüstes zu Schaden. Er erlitt mehrere Verletzungen am Kopf und Arm. Das Unglück war durch übermäßige Belastung verursacht. Auch war die Streifstange nicht genügend abgesteift. Die hiesige Polizei scheint sich zur Kontrolle der Bauten nicht verpflichtet zu halten. Sie sei darum hier daran erinnert.

Trifgau. Ein Unfall, der sehr leichte Folgen hätte nach sich ziehen können, passierte dieser Tage bei dem Neubau der hiesigen Altengesellschaft für Büchsenindustrie. Während der Arbeit gab der hintere Teil des Gerüstes infolge Bruches eines Rückbodes plötzlich nach, wodurch das ganze Gerüst zusammenbrach und die auf demselben befindlichen Maurer in die größte Gefahr gerieten, verschüttet zu werden. Glücklicherweise rettete sich ein Teil der Arbeiter durch Abprinzen, während indeß der Maurer Gustav Krieg von hier durch nachfallende Biegel erhebliche Verletzungen am Rücken und der Seite des linken Fußes erlitt. Derner wurde der Handlanger Hieronymus Hiller von hier unter den Trümmern begraben. Nach sofort aufgenommener Rettungsarbeit gelang es, denselben aus seiner bedenklichen Lage zu befreien. Glücklicherweise hat Hiller nur einige Kontusionen an der rechten Kopf- und Brustseite sowie Jobe der linken Hand davongetragen.

Thale a. Hatz. Da es die Thaleenser Maurermeister meistens nicht für nötig halten, den Arbeitern eine Baubüste aufzustellen, so müssen sich diese allerlei gefährliche Winde finden, wo sie ihre Maßnahmen halten können. Auf dem Neubau von Höpflner am Riebenberg stiegen die Kollegen dazu auf das Dappdach eines Schuppens. Am 12. Juli zerbrach beim Heruntersteigen die schwere Leiter, und der Kollege Lüde stürzte dabei fast 3 m tiefer herab. Er scheint ziemlich schwere Verletzungen erlitten

zu haben. Es ist nur merkwürdig, daß weder die Polizei noch die in Thale beschäftigten Kollegen den Unternehmern beibringen, was sich nach Brauch und Recht gehört.

\* **An der „Reform“arbeit.** Von Halle wird berichtet: Wie man sich hier bei Submissionsen „einfügt“, wurde durch eine Briefanfrage des Obermeisters der Steinfeuermeister, Heinrich, gegen den Steinfeuermeister Wegener vor dem Schöffengericht am Freitag aufgedeckt. Als die Postverwaltung bei der Vergabe von Rabatten und Erdarbeiten fünf Meister und den Obermeister zur Submission herangezogen hatte, „verblüfften“ sich die Meister dahingehend: der Obermeister gibt das niedrigste Angebot ab; die anderen fünf fordern höhere Beträge. Der Obermeister erhält die Arbeit und zahlt jedem der höherbietenden dafür eine „Entschädigung“ von M. 300. Meister Wegener, der gar nicht berücksichtigt worden war, hatte das unlautere Manöver dem Telegraphendirektor hinterbracht und dabei gesagt: „Heinrich habe auch ihm M. 300 geboten, damit er ihn nicht unterbietet.“ Dies war nicht richtig, und Wegener wurde deshalb wegen Verleumdung mit M. 30 bestraft. Wegeners Verteidiger bezeichnete aber das Verfahren der Submissionsen als Betrug. Die Postverwaltung sei dadurch übers Ohr gehauen worden; der Obermeister könne ja selbst gegen sich Anzeige erstatten. Der Verteidiger des Obermeisters entgegnete, das Verfahren bei Submissionsen sei hier so „üblich“.

Wie man sieht, sind die Praktiken des ersten Reformators auf dem Gebiet des Submissionswesens, des著名的 Max Küster-Hannover, nicht unbedacht geblieben. Wie zufolgen nicht, daß dies Vorgehen auch noch weiter Schule machen wird; vielleicht ist es der Anfang, die ganze Submissionsordnung den Innungen und Unternehmerverbänden einfach zur Regelung zu überweisen. Wir haben damals gleich geahnt, daß das — nachweisbar — zuerst in Hannover angewendete Prinzip sehr entwicklungsfähig sein würde. Es muß aber festgehalten werden, daß Max Küster der erste war, der diesen probaten Weg eingeschlagen hat. Ihm gebührt die Ehre!

### Aus anderen Berufen.

\* **Hilft den Tabakarbeitern!** Die Generalkommission erläutert im „Correspondenzblatt“ folgenden Aufruf:

„An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!“

Der Verband der Tabakarbeiter sieht sich veranlaßt, die Hürde der organisierten Arbeiterschaft in den Kämpfen, die er um Verbesserung der Lebenshaltung der Tabakarbeiter zu führen gedenkt, in Anspruch zu nehmen.

Seit der Ausperrung der 4000 Zigarettenarbeiter und Arbeiterrinnen im Juni 1905 in Dresden hat der Verband ununterbrochen Kämpfe zu führen und Angriffe der Unternehmern abzuwehren. Die Zigarettensteuer wurde vielfach von den Unternehmern benutzt, die ohnehin erbärmlichen Löhne der Arbeiterschaft der Zigarettenindustrie noch weiter herabzudrücken. Die Zollregelung, die eine Verteilung der notwendigsten Lebensmittel zur Folge hatte, traf die Arbeiter der Tabakindustrie weit härter noch, als die übrige Arbeiterschaft, weil in dieser Industrie die Löhne am niedrigsten sind und infolge der Haushaltsschwierigkeiten und des Verlegens der Tabakfabriken auf das schlechte Land die Widerstandskraft der Arbeiter nur sehr gering ist.

Der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes versucht nun, um weite Schichten der Arbeiterschaft der Tabakindustrie vor vollständiger Degeneration zu bewahren, in den Bezirken, wo die erbärmlichsten Löhne gezahlt werden, eine Lohnherabholung durchzuführen. Aber nicht nur, daß jeder kleinste Lohnherabholung durch langandauernde Streiks erklämpft werden müsste, wodurch die finanziellen Mittel des Verbandes auf das äußerste in Anspruch genommen würden, sondern die Unternehmer das Drängen der Tabakarbeiter nach einem menschewürdigen Dasein durch Ausprägungen abzuwehren. So sind seit fünf Wochen 1100 Arbeiter- und Arbeiterrinnen in Görlitz ausgesperrt; und verlangen die Unternehmer nichts Geringeres als den Austritt der Ausgesperrten aus dem Verband der Tabakarbeiter. Preisgabe der Organisation, die allein in der Lage ist, den ungeheuren Schaden, den die Zollregelung der Arbeiterschaft der Tabakindustrie gebracht hat, einzumerken herauszunehmen, verlangt das Unternehmen.

Neben dieser Ausperrung hat der Verband noch in 15 Orten Kämpfe zu führen; die Verlängerung des Vorstandes, hierbei von der gefestigten organisierten Arbeiterschaft unterstützt zu werden, ist deshalb durchaus berechtigt. Nachdem die Mehrheit der Vorstände der Zentralverbände der Ausschreibung einer Sammlung zugestimmt hat, richten wir an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, Beiträge zur Unterstützung der im Kampf befindlichen Tabakarbeiter leisten zu wollen.

Die Unterstützungsbeiträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampf befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden; für die Sendung bitten wir folgende Adresse zu benennen:

**G. Kubo, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15, 4. Et.**

Über die eingehenden Beiträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden den Entsendern nicht zugestellt. Sämtliche Spenden werden der Generalkommission nicht ausgegeben. Die Gewerkschaften und Gewerkschaftsstellen werden erfuhr, die Sammlungen gemäß den für die einzelnen Organisationen getroffenen Bestimmungen zu organisieren und wo dies notwendig ist, selbst Sammlungslisten herauszugeben.

\* **Der Streit der Seelente hat ohne Erfolg ausgegeben werden müssen.** Der Sieg der Nieder war allerdings nur dadurch möglich, daß diese ihre Schiffe nur zur Hälfte und mit dem untauglichen, aus den Slums London und anderen englischen Hafenstädten herangeholten Menschenmaterial bemanneten und auslaufen ließen, wozu die Behörden stillschweigend ihre Zustimmung gaben.

### Polizei- und Gerichte.

\* **Blinder Eiser schadet nur — der Staatstrafe.** Der Maurer Ernst Kohn aus Kolmar i. P. stand am 10. Juli als „Staatsüberwacher“ vor dem Schöffengericht zu Kolmar. Ihm wurde zur Last gelegt, am 9. Juli 1907 auf einem öffentlichen Platze, nämlich auf dem Bahnhofs-

steig zu Kolmar, i. P., Druckschriften und zwar Verbandsorgan der Maurer „Der Grundstein“, verteilt zu haben, ohne daß er hierzu die Erlaubnis der Polizeibehörde nachgefragt und erhalten hätte. Nebertretung gegen die §§ 10, 11 des preußischen Preschegesetzes vom 12. Mai 1851. (Gesetzamending vom 1851, Seite 275). Kohn machte geltend, daß er diese den Mitgliedern des Verbandes der Maurer austreibende Zeitung nur an Mitglieder des Verbandes verteilt habe, und bestritt, sich schuldig gemacht zu haben. Der ausgebogene Zeugenappell brachte auch keine weitere Belastung hervor und konnte nur die Angaben des Kohn bestätigen. Urteil: Der Amtsanzalt beantragte M. 30 über 2 Tage Haft. Der Geschäftshof kam zur Freisprechung, weil ein Paragraph für solche Taten bestreite. Die Staatskasse trägt die Kosten, die für die Zeugen allein M. 23 verbrauchen können. Das hätte doch der Staatsanzalt auch vorher wissen können.

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 41 des 25. Jahrganges. Aus dem Jubiläum des Heftes haben wir hervor: Der Fall Peters. — Proletarische Wanderungen. Von Otto Bauer. — Die Feinde der Einwanderung. Von Dr. Karl Bonberg (New York). — Historisch-materialistische Literatur. Von Franz Mehring. — Literarische Mundschau: Mar Quard, Profil und Selbst in der chemischen Großindustrie. Von sw. Notizen: Die Bahnbrücke des Auslandes und die Internationale.

### Briefkasten.

**Gera, Vorstand.** Die Aufnahme der Aufforderung an den Kollegen Koch in Leipzig lehnen wir ab, da wir die kleinen Bosheiten der Kollegen in Gera gegen den Gauvorstand nicht unterstützen wollen. Wenn die Kollegen in Gera den Kollegen Koch dort gern in einer Verhandlung haben wollen, dann erfüllt er sich wegen seines Artikels in Nr. 29 verantwortlich, so können sie ihn dazu briefflich durch den Zweigvereinsvorstand aufordern lassen; die öffentliche Aufforderung im „Grundstein“ soll weiter nichts als eine Bosheit gegen den Kollegen Koch sein, und diese wollen wir nicht unterstützen.

**Kellinghusen, St.** Der Bauherr kann Stadtenergaspistisch gemacht werden.

**Oberseitz, W. v.** Die Adresse ist: H. Lamprecht,

Schönbeck (Söb), Königstr. 9.

### Anzeigen.

■ Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alte Sterbetafel der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erhaltenem Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 Pf.).

**Bamberg.** Am 8. Juli starb unser Verbandskollege **Georg Lanz** im Alter von 19 Jahren an Lungentuberkulose.

**Göttweig.** Am 5. Juli starb unser langjähriges treues Mitglied **Christian Schulz** im 50. Lebensjahr.

**Cottbus.** Am 8. Juli starb unser Ehrenmitglied **H. Kloth** im Alter von 72 Jahren an Blutergiftung.

**Flensburg.** Am 14. Juli starb der Kollege **Hans Röttcher** freiwillig aus dem Leben.

**Füllbach.** Am 12. Juli starb unser Verbandskollege **Matthias Woticky** im Alter von 56 Jahren, infolge eines Absatzes.

**Greifswald.** Am 8. Juli starb plötzlich unser Verbandskollege **Emil Jungklaus** im Alter von 61 Jahren an Gehirnblutung.

**Igelsdorf.** Am 5. Juli starb nach langer Krankheit unser langjähriges Mitglied **Josef Skirde** im Alter von 27 Jahren.

**Würzburg.** Am 12. Juli starb unser braver Kollege **Fritz Blasneck** vor der Zahlstelle M. 51 im Alter von 25 Jahren an den Verletzungen, die er sich bei einem Ringkampf zugezogen hat.

**Neustettin.** Zahlstelle 51 b d e. Am 9. Juli starb nach langem Leiden unser treuer Verbandsmitglied **Karl Bahr** im Alter von 27 Jahren an Lungentuberkulose.

**Offenburg.** Am 4. Juli starb unser treuer Verbandskollege **Joseph Braun** aus Wohlbach im Alter von 40 Jahren an Lungentuberkulose.

**St. Johann.** Am 12. Juli starb unser treuer Verbandskollege **Anton Jäger** aus Ehrenfeld im Alter von 28 Jahren infolge eines Absatzes.

**Strasburg i. d. H. W.** Am 4. Juli starb unser Kollege **Albert Schaffer** im Alter von 56 Jahren an Schleimfieber und Lungentuberkulose. Er war Mitbegründer unserer Zahlstelle.

**Wiesbaden.** Am 7. Juli starb nach kurzen Krankenlager der Kollege **Karl Felling** im Alter von 40 Jahren. — (Wiedenstadt). Am 9. Juli starb unser Mitglied **Karl Titting** im Alter von 41 Jahren an Lungentuberkulose.

### Reichenbach i. Schl.

Unser Vorsteher **Karl Franz** wohnt von jetzt an Langenbielen, 4. Bezirk Nr. 118. [M. 1,20]

### Weimar.

„Unser junger Kaffeehaus Richard Voigt wohnt Bremmerstr. 36, 2. Et.“ [M. 1,20]

Der Maurer **Ferd. Preiss** wird nochmals erfuhr, seine letzte Adresse an A. Preiss, Gelehrten-Schule, König Wilhelmstr. 36, 3. Et., mitzuteilen. [90 A]

Der Kollege **Johannes Höhl** wird gebeten, seine Adressen im „Grundstein“ bekanntzugeben an [M. 1,20] **Johannes Maier**, Hess. Lichtenau.

### Metz.

Sonntag, den 21. Juli, Nachm. 3 Uhr:

### Stiftungsfest

in der „Harmonie“, St. Julian.

bestehend in großem Gartenkonzert, Preisschießen, Preisgefecht, Laubenschießen, Würfeln, Kinderbelustigungen, Verlosung und Abends Ball : : : : : [M. 3,60]. Eintritt frei!

Festesfreunde herzlich willkommen. Das Komitee.

### Mainburg.

Sonntag, den 4. August 1907.

### Erstes Stiftungsfest

bestehend in

komischen Vorträgen und Familienerhaltung. Alle Kollegen von hier und aus der Umgebung sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 3]. Der Vorstand.

Völkershausen.

Sonntag, den 28. Juli, Nachm. 3 Uhr:

### Zweites Stiftungsfest

im Lokale des Herrn John Voll, „Zur Krone“.

bestehend in Konzert und Ball. — Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind hiermit freundlich eingeladen. [M. 3]. Der Vorstand.

### Elbing.

Sonntag, den 21. Juli, Nachm. 3 Uhr:

### Achtes Stiftungsfest

im Gewerkschaftshaus,

bestehend in Konzert, Würfeln, Preisschießen, allerlei Belustigungen für Jung und Alt und Selbstball. Sämtliche Kollegen von Elbing und Neufeld-Niederung sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 3,60]. Der Vorstand.

### Eberswalde.

Sonntagnachmittag, den 20. Juli, Abends 8 Uhr:

### Beinhaltetes Stiftungsfest

im Restaurant „Zur Mühl“.

Die Kollegen von Eberswalde und Umgegend werden hiermit freundlich eingeladen und um zahlreiche Beteiligung gebeten. [M. 3,60]. Der Vorstand.

### Meuselwitz.

Sonntag, den 28. Juli, Nachm. 3 Uhr:

### Zehnjähriges Stiftungsfest

im „Deutschen Kaiser“,

bestehend in Konzert, Festrede, Kinderbelustigung, Verlosung und Ball. — Sämtliche Kollegen von Meuselwitz und den umliegenden Zweigvereinen sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 3,60]. Das Festkomitee.

### Verksammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu benennen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntagnachmittag, den 20. Juli.

Bergedorf. Im Lokale des Herrn Otto Warne, „St. Petersburg“.

Sonntag, den 21. Juli.

Belzig. Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal.

Glesien. Nachm. 3½ Uhr im „Röslein“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Wiesenburg. Tagessordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Schönau. Nachm. 2 Uhr im Lokale des Herrn Friedrich Müller.

Groß-Bornsdorf. Nachm. 7 Uhr. L.-D.: Ein Tagelos als Extrabitrag.

Nordhausen. Nachm. 6½ Uhr. L.-D.: 1. Tortoss, 2. Verlosungsschüssel über Erhebung von 6 A. Tortoss.

Sonntag, den 28. Juli.

Artern. Nachm. 3 Uhr im „Schwan“.

Gesellliche Maurerversammlung.

Sonntag, den 28. Juli.

Driesen. Nachm. 1 Uhr im „Bittergutsgarten“.

Bental-Krankenhaus der Maurer usw.

Sonntag, den 28. Juli.

Charlottenburg. Nachm. 1 Uhr, Rosinenstr. 3. Volksschule. L.-D.: Vortrag und Abrednung von zweitem Quartal.

Nord-Lichterfelde. Nachm. 9½ Uhr im Lokal A. Reisen, Chausseefeld. 104.

Prenzlau. L.-D.: Abrednung vom zweiten Quartal.

Reinickendorf. Nachm. 2 Uhr im „Siegendorf“ bei Hermann Beder. Abrednung vom zweiten Quartal.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.